

AUSGABE NUMMER 13
DEZEMBER 2024

NEWSLETTER DER GEDENKSTÄTTE FÜR ZWANGSARBEIT LEIPZIG



GEDENKSTÄTTE
FÜR ZWANGSARBEIT
LEIPZIG

#13



INHALT

RÜCKBLICK

4

Aktuelles
aus der Gedenkstätte
für Zwangsarbeit
Leipzig

9

Neuer Vorstand im
Trägerverein der
GfZL — Erinnern an
NS-Verbrechen in
Leipzig e.V.

11

Anfragen und
Besuche von
Familien ehemaliger
Zwangsarbeiter:innen

13

Andrei Iwanowitsch
Moissejenko — Ein
ehemaliger Zwangs-
arbeiter der HASAG
zu Besuch in Leipzig

15

Neues aus der
Bildungsarbeit —
Neue Workshops und
„aktuelle“ Heraus-
forderungen

17

Die HASAG und der
Holocaust —
Eine Exkursion
nach Polen

25

Fraktionsüber-
greifende
Einigkeit — Neuer
Stadtratsbeschluss
zum ehemaligen
KZ-Außenlager
„HASAG Leipzig“

28

Ein Blick in die
Sammlung der
Gedenkstätte

FORSCHUNG

31

Fragmente der
Zwangsarbeit auf
dem Rittergut
Lützscheda

33

Vor 80 Jahren —
Italienische Militär-
internierte werden
in den Status ziviler
Zwangsarbeiter
überführt

35

Verortung und
Vermittlung — Zu
einer Archäologie der
NS-Zwangslager in
Leipzig

39

Sex-Zwangsarbeit im
Nationalsozialismus

AUSBLICK

42

Ausblick auf 2025

Liebe Freundinnen und Freunde der Gedenkstätte, liebe Interessierte,

ein Rückblick auf die vergangenen zwölf Monate seit dem Erscheinen unseres letzten Newsletters zeigt einmal mehr, wie wichtig es ist, rassistischen und antisemitischen Narrativen etwas entgegenzustellen, aufzuklären und insbesondere diejenigen zu unterstützen, die von diesen betroffen sind.

Nach dem Aufdecken eines Geheimtreffens von Rechtsextremen, AfD-Funktionären und privaten Unterstützer:innen in Potsdam im November 2023, auf welchem Pläne für eine sogenannte Remigration besprochen wurden und zur Gewalt gegen Menschen, die der linken Szene zugeordnet werden, aufgerufen wurde, gab es einen großen Aufschrei. Tausende Menschen gingen gegen das Erstarken rechter Parteien und Gruppierungen und für den Erhalt eines solidarischen und demokratischen Miteinanders auf die Straße. Wenige Monate später wurde die AfD bei der Europawahl die zweitstärkste Partei in Deutschland. In Leipzig lag sie sogar weit vor der CDU und bekam die meisten Stimmen. Seit den Kommunalwahlen ist die AfD mit 12 Sitzen im Stadtrat vertreten und beinahe gleichauf mit der CDU. Bei den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg erreichte die AfD jeweils historisch hohe Wähler:innenzahlen.

Erstmals seit dem Ende des Nationalsozialismus hat es in Deutschland eine zutiefst rassistische, völkische und antifeministische Partei als stärkste Kraft in einen Landtag geschafft. Auch die immer stärkere Orientierung etablierter Parteien hin zu menschenfeindlicherer Politik ist Ausdruck einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, mit der sich die Grenzen des Sag- und Machbaren verschoben haben und sich weiter verschieben werden. Rechte Parteien greifen die Unsicherheiten der Menschen auf, verstärken diese und liefern scheinbar einfache Erklärungen und Lösungen. Rechte Einstellungen finden einen immer stärkeren Resonanzraum in der Politik und prägen die öffentliche Debatte.

Eine Entwicklung, deren Folgen einige Vereine und Institutionen in Sachsen bereits zu spüren bekommen haben, und die auch Verunsicherung in unsere Arbeit und die Möglichkeiten unseres Wirkens bringt. Gewiss ist nur, dass die Gedenkstätte als Ort des Erinnerns, Forschens, Bildens und Anlaufpunkt für Überlebende und deren Angehörige ein wichtiger Bestandteil erinnerungskultureller Praxis bleiben muss – umso mehr, je stärker sich die politischen und gesellschaftlichen Diskurse nach rechts verschieben.

Ebenso beschäftigt uns der seit über einem Jahr andauernde Krieg im Nahen Osten, der sich täglich zuspitzt und droht, eine neue Stufe der Eskalation zu erreichen. Am 7. Oktober jährte sich der terroristische Angriff der Hamas auf Israel zum ersten Mal, und mit ihm das größte antisemitische Pogrom seit der Shoah. Bereits Ende Januar diesen Jahres erfasste das Bundeskriminalamt über 2.200 antisemitische Vorfälle seit dem 7. Oktober 2023. Eine beängstigende Entwicklung, die nicht nur in Deutschland zu verzeichnen ist, und die beinahe alle sozialen und politischen Bewegungen durchzieht. Deutsche Politiker:innen fast aller Parteien verurteilen den stetig zunehmenden Antisemitismus zurecht. Sie nutzen diesen aber, um insbesondere gegen muslimische Migrant:innen zu argumentieren und eine striktere Migrationspolitik zu rechtfertigen. Es wird von einem sogenannten importierten Antisemitismus gesprochen, ohne jedoch den alle Gesellschaftsschichten erfassenden Antisemitismus zu thematisieren. Rassistische Vorurteile werden so zum legitimen Mittel einer menschenfeindlichen Politik, die Anschluss findet in der Mitte einer Gesellschaft, in der der eigene Rassismus und Antisemitismus als längst überwunden gilt.

Zu einer Zeit, in der rechtes Ressentiment immer anschlussfähiger wird und in der die Rede vom sogenannten rechten Rand schlicht nicht mehr zutreffend ist, ist es umso wichtiger, entschieden gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit einzustehen und aktiv zu werden. Dies ist nicht nur Aufgabe öffentlicher Institutionen, sondern die Aufgabe eines jeden Menschen.

Wir möchten an dieser Stelle den Mitarbeiter:innen, ehrenamtlichen Unterstützer:innen und Förder:innen sowie den interessierten Besucher:innen danken, die uns ebenso wie Überlebende und Angehörige in unserer Arbeit und deren Notwendigkeit bestärken.

Kommt vorbei, werdet aktiv, mischt euch ein!

Euer ehemaliger und neuer Vereinsvorstand,
Lisa Ulbricht, Jonas Kühne, Hannes Schneider,
Oliver Neef, Milan Spindler und Tina Bähringer



Aktuelles aus der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig

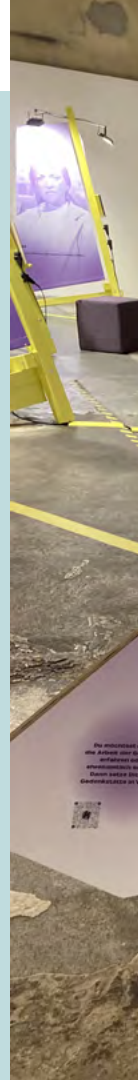
(alle Bilder © GfZL)

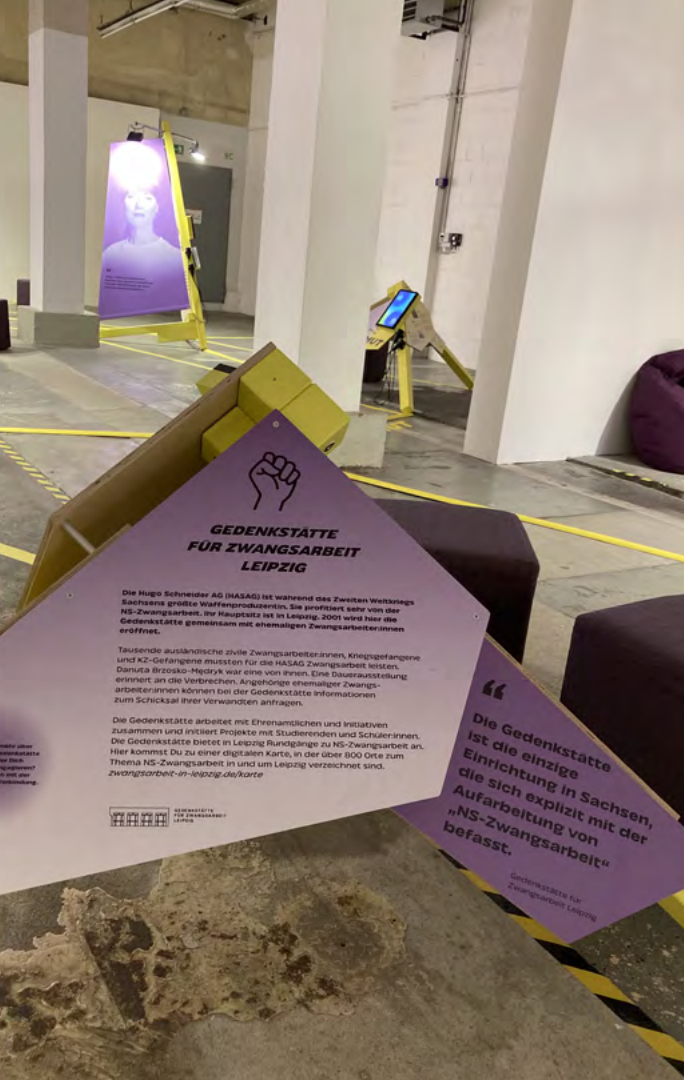
● Zwei Jahre lang haben wir zum **Einsatz von Zwangsarbeiter:innen bei den Leipziger Verkehrsbetrieben (LVB)** recherchiert und im Januar schließlich intern unsere Ergebnisse vorgestellt. Die LVB beschäftigten zwischen 1942 und 1945 mehr als 800 zivile Zwangsarbeiter:innen, vor allem aus dem Protektorat Böhmen und Mähren (heute Tschechien), aus Belgien, Frankreich und der Ukraine. Die Forschungsergebnisse fließen nun in Bildungsprojekte mit Auszubildenden der LVB ein. *Mehr dazu auf Seite 42 (Ausblick).*

● Im Februar stellten Dr. Martin Clemens Winter und Studierende der Universität Leipzig in Taucha **vier neue virtuelle Rundgänge zur Geschichte der HASAG in Taucha** vor. Ausgehend vom noch erhaltenen ehemaligen „Gefolgschaftshaus“ der HASAG (heute Ärztehaus) widmen sich die 360°-Rundgänge auf verschiedenen Routen der Geschichte des Rüstungswerks, dem KZ-Außenlager „HASAG Taucha“, der „Betriebsgemeinschaft“ des Konzerns sowie der Nachgeschichte von Kriegsproduktion und NS-Zwangsarbeit. Konzipiert und erarbeitet wurden die digitalen Angebote von Studierenden am Historischen Seminar der Universität Leipzig im Rahmen des Moduls „Geschichte im Museum“. Die virtuellen 360°-Rundgänge zur Geschichte der HASAG in Taucha sind nun online abrufbar: <https://zwangsarbeit-in-leipzig.de/karte/850>

● Zweimal im Jahr treffen sich Aktive aus der Gedenkstätte zu **Perspektiventreffen** außerhalb der Gedenkstätte, um sich intensiver und mit Zeit mit Themen auseinander setzen zu können. Anfang März diesen Jahres kamen wir für einen Tag in einem Projektraum in Leipzig zusammen. Im Mittelpunkt des Treffens stand der sogenannte **Historikerstreit 2.0** und die damit verbundenen geschichts- und erinnerungskulturellen Debatten. Dabei wurden Texte, Positionen und auch Perspektiven für die eigene Arbeit diskutiert. Ein Ergebnis dieses Treffens war die schließlich im Oktober 2024 im Conne Island stattfindende Vorstellung des Sammelbandes „Erinnern als höchste Form des Vergessens?“ mit einem der Herausgeber, Andreas Stahl, sowie dem Historiker Jan Geber.

Bei einem weiteren **Perspektiventreffen** im Oktober im Kloster Posa diskutierten wir Möglichkeiten für die **Weiterentwicklung der Gedenkstätte**.





↑ Im März 2024 eröffnete die **Wanderausstellung „Kulturretter:innen“** der Kooperative Berlin im Tapetenwerk Leipzig, bei der wir als Kooperationspartnerin unterstützen konnten. Die Ausstellung widmet sich dem NS-Unrecht gegenüber marginalisierten und verfolgten Gruppen und zeigt zugleich auf, wie NS-Verfolgte unter schwierigsten Bedingungen Kultur gerettet und damit Widerstand geleistet haben. Für Leipzig wird die Geschichte der Kulturreterin Danuta Brzosko-Mędryk erzählt, ehemalige Gefangene im KZ-Außenlager „HASAG Leipzig“. Gemeinsam mit ihren Mitgefangenen sabotierte sie die Maschinen, schrieb Gedichte und Lieder und organisierte Theateraufführungen. Auch die GfZL wird als Kulturreterin in der Ausstellung vorgestellt.

— In diesem Jahr haben wir zwei weitere **Vernetzungstreffen zu NS-Zwangsarbeit in Sachsen** zusammen mit der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, der sächsischen Landesarbeitsgemeinschaft Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus (sLAG) und dem Landesamt für Archäologie Sachsen (LfA) organisiert. Im März haben wir in **Bad Dübener Heide** den Fokus auf die praktische Erfassung ehemaliger Zwangsarbeitsorte und auf Spurensuche-Projekte in der lokalhistorischen Vermittlungsarbeit gerichtet. Im Anschluss gab es eine Exkursion über einen Teil des ehemaligen Lagers „Heide“. Im Oktober haben wir in **Ústí nad Labem** die grenzüberschreitenden Kontakte zwischen Sachsen und Nordböhmen vertieft. Den Abschluss des Workshops bildete eine Exkursion zu einem unterirdischen Werk in Rabštejn (Rabenstein), wo Häftlinge eines Außenlagers des KZ Flossenbürg zur Produktion von Flugzeugen eingesetzt wurden.

● Dank einer Erhöhung der Fördermittel konnten wir im Frühjahr 2024 erstmals eine Stelle besetzen, die ausschließlich für den **Bereich Finanzen und Verwaltung** zuständig ist. Seit Mitte April gehört daher Toni Pohontsch fest zum Gedenkstätten-Team. Toni verantwortet in der Gedenkstätte alle Belange, die mit der Akquise, Beantragung, Verwaltung und Abrechnung von Fördermitteln zusammenhängen. Tonis langjährige Erfahrungen und professionelle Expertise stellen mit der wertschätzenden, offenen und sympathischen Art eine sehr große Bereicherung für die Arbeit der Gedenkstätte dar.

● Im April fand im Capa-Haus in Kooperation mit Martin Clemens Winter von der Universität Leipzig eine Lesung zu **Mordechai Striglers Buch „Schicksale“** statt. „Schicksale“ ist der vierte Teil der Tetralogie „Verlorenes Licht“ des jiddischen Schriftstellers und Journalisten Mordechai Strigler (1918-1998). Strigler war Gefangener verschiedener Arbeits- und Konzentrationslager und begann kurz nach seiner Befreiung seine Erfahrungen aufzuschreiben. In „Schicksale“ berichtet Strigler von den letzten Monaten in den HASAG-Werken im besetzten Polen, bis zur Schließung der Munitionsfabrik und der Deportation in die HASAG-Lager in Mitteldeutschland. Der Herausgeber Frank Beer las am 19. April 2024 ausgewählte Passagen aus dem Buch vor, die der Historiker Martin Winter durch wissenschaftliche Einordnungen ergänzte.



↑ Ende April war der ehemalige **Zwangsarbeiter Andrei Iwanowitsch Moissejenko** erneut zu Besuch in Leipzig. Der mittlerweile 98-jährige wurde 1941 im Alter von fünfzehn Jahren von den Deutschen in der Ukraine verhaftet und zur Zwangsarbeit nach Leipzig verschleppt, wo er für die HASAG arbeiten musste. Während seines Besuchs in Leipzig besuchte Andrei Iwanowitsch Moissejenko die Gedenkstätte und traf sich mit Schüler:innen zu Zeitzeugengesprächen. An zwei Abenden zeigten wir zudem den Film „Ja, Andrei Iwanowitsch“, der sein Leben und seinen Alltag zeigt. *Mehr dazu auf den Seiten 13–14.*

↓ Am 18. April jährten sich das „**Massaker von Abtnaundorf**“ und das **Kriegsende in Leipzig** zum 79. Mal. Zu diesem Anlass erinnerten wir am historischen Ort an die Opfer der NS-Zwangsarbeit und des letzten Verbrechens der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Leipzig.



● Im April/ Mai organisierte Martin Clemens Winter eine mehrtägige **Exkursion nach Polen**, an der neben 20 Studierenden auch Mitarbeiterinnen der GfZL teilnahmen. Gemeinsam besuchten wir die Orte im damaligen Distrikt Radom, an denen die HASAG während des Zweiten Weltkriegs polnische Rüstungsbetriebe übernommen und Zwangsarbeitslager für zehntausende Jüdinnen und Juden errichtet hatte. *Mehr dazu auf den Seiten 17–19.*

→ Wir hatten auch in diesem Jahr eine wunderbare **Museumsnacht Halle & Leipzig** mit mehr als 70 interessierten Gästen! Am 4. Mai haben Ehrenamtliche mehrere kurze Führungen durch die Ausstellung der Gedenkstätte und über das Gelände des ehemaligen Rüstungsbetriebs HASAG angeboten.

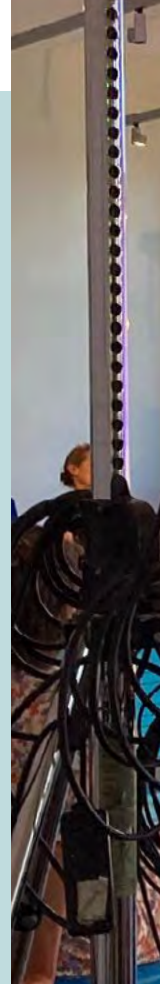
● Im Mai stellte **Dr. Nikolas Lelle** sein Buch „**Arbeit macht frei**“ – **Annäherungen an eine NS-Devise**“ im Conne Island vor. »Arbeit macht frei« prangte am Lagertor von Auschwitz, Dachau, Sachsenhausen und andernorts. Doch was hat der Satz überhaupt zu bedeuten? Wessen Arbeit macht wen frei? Und vor allem: wovon? Lelle versteht die Devise als nationalsozialistischen Sinnspruch, indem nicht nur Verachtung und Verhöhnung, sondern auch Verbrechen und Versprechen sichtbar werden. In der Devise verbindet sich der eliminatorische Antisemitismus mit der nationalsozialistischen Arbeitsauffassung.

● Am 8. Mai 2024 fuhren zwei Mitarbeiterinnen der GfZL nach Weimar, wo das „**Museum Zwangsarbeit im Nationalsozialismus**“ eröffnet wurde – das erste Museum in Deutschland, das sich dem Thema NS-Zwangsarbeit mit seiner gesamteuropäischen Dimension widmet. Neben dem Museum wurde die Ausstellung „**Bauhaus und Nationalsozialismus**“ eröffnet. An der Veranstaltung nahm auch der ehemalige Zwangsarbeiter Andrei Iwanowitsch Moissejko teil.

Im Juli fand außerdem eine Exkursion von Haupt- und Ehrenamtlichen der GfZL nach Weimar statt, wo wir im Rahmen einer Führung das neue Museum Zwangsarbeit ausführlich besichtigen konnten.

● Im Juli nahmen wir an einer **Gedenkveranstaltung in Schlieben-Berga** teil, die anlässlich des ersten Frauentransportes in das KZ-Außenlager von ehrenamtlich Engagierten des Vereins Gedenkstätte KZ-Außenlager Schlieben-Berga e.V. organisiert wurde. Dort befand sich seit 1938 ein Zweigwerk der HASAG.

Im Anschluss an die Gedenkveranstaltung fand ein beeindruckender Rundgang über das ehemaligen Gelände des KZ-Außenlagers statt. Viele der Unterkunftsbaracken sind heute noch erhalten und werden zum Teil als Wohnhäuser genutzt. Die ehemaligen Produktionsstätten hingegen stehen leer und werden schrittweise von der Natur erobert. Durch diese zahlreichen baulichen Überreste kann die ehemalige Lagerstruktur noch sehr deutlich nachvollzogen werden.





↑ Im August nahm unsere Mitarbeiterin Dr. Josephine Ulbricht an der Veranstaltung **„In Gesellschaft“ im Museum Zwangsarbeit im Nationalsozialismus in Weimar** teil. Thema des Abends war die Rolle von NS-Zwangsarbeit in Firmengeschichten. In den letzten 25 Jahren haben zahlreiche Unternehmen ihre Rolle während des Nationalsozialismus und damit einhergehend die Ausbeutung von Zwangsarbeiter:innen untersuchen lassen. Meist brauchte es dafür einen Anstoß von außen – nicht selten war dies eine kritische Medienberichterstattung. Auf dem Podium wurde u.a. diskutiert, wer für die Aufarbeitung der Geschichte von NS-Zwangsarbeit in Unternehmen verantwortlich ist, wenn es keine Familien-erben oder Nachfolgefir-men gibt.

↓ Im Sommer hatten wir auf Social-Media eine kleine Reihe zum **Thema Fußball und NS-Zwangsarbeit** mit Bezug zu Leipzig. Dabei ging es zum einen um Sportplätze, auf denen während der NS-Zeit Zwangsarbeitslager errichtet wurden und zum anderen um die Frage „Durften Zwangsarbeiter Fußball spielen?“ Alle Beiträge findet ihr auf Facebook oder Instagram.



● Seit August ist Isabel Panek wieder Teil des hauptamtlichen Teams. Zu ihren Aufgaben gehört aktuell vor allem die Koordination und Begleitung des Projekts **„Befreit in Leipzig 1945“**, das von haupt- und nebenamtlichen Mitarbeiter:innen der Gedenkstätte organisiert wird.

Ab November leitet Isabel Panek dann das auf eine Laufzeit von zwei Jahren konzipierte Projekt: **„Was geht mich der Nationalsozialismus noch an?!“ Azubis auf Spurensuche im eigenen Betrieb**. (siehe Seite 42) Das Projekt wird von der Stiftung EVZ und der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) im Rahmen des Programms *JUGEND erinnert vor Ort & engagiert* gefördert. Wir freuen uns sehr über Isabels Rückkehr ins hauptamtliche Team, das sie bereits von 2020 bis 2022 mit ihrem großen Fachwissen, Professionalität und äußerst liebenswerten Art bereicherte.



← Im Herbst erhielten wir eine Mappe mit Dokumenten vom DRK Suchdienst Leipzig. Darin befinden sich Schriftverkehr und Todesanzeigen von Zwangsarbeiter:innen in Leipzig. In Absprache mit der Zentralen Auskunfts- und Dokumentationsstelle des DRK-Suchdienstes in München und uns wurde vereinbart, dass diese durch die GfZL professionell eingescannt und dem DRK-Suchdienst digital zur Verfügung gestellt werden, während die Akte im Original bei der GfZL bleibt. Wir bewahren die Unterlagen nun fachgerecht auf und werden sie Nachkommen ehemaliger Zwangsarbeiter:innen zur Recherche zur Verfügung stellen.

Foto: Anna Schrödter | DRK KV Leipzig-Stadt e.V.

↓ Gedenkstätte in Zahlen:

Bereits im Sommer zeichnete sich ab, dass die Nachfrage nach Führungen und Rundgängen 2024 größer ausfallen würde als in den Vorjahren. Neben den monatlichen Gedenkstättenführungen wurden zwischen Frühjahr und Herbst insgesamt 37 Rundgänge durch die Leipziger Stadtteile Connewitz, Lindenau, Plagwitz, Volkmarsdorf, Schönefeld und Reudnitz, vier Ortsbegehungen in Leipzig-Schönaue sowie zwei Fahrradtouren in Böhlen bei Leipzig angeboten.

Zusätzlich zu den öffentlichen Angeboten wurden zudem rund 30 Führungen und Rundgänge von und für Erwachsenengruppen individuell gebucht. Zusätzlich nahmen etwa 35 Schul- und Jugendgruppen sowie Gruppen junger Erwachsener die Bildungsangebote der Gedenkstätte wahr.

Ein besonderer und großer Dank gilt an dieser Stelle unseren frei- und nebenberuflichen Guides, die einen großen Teil der Führungen und Stadtteilrundgänge mit viel Engagement durchgeführt haben.



● Im September hatten wir **Dr. Grete Rebstock** und **Dr. Roland Bochers** zu Gast. Beide haben sich in ihren Dissertationen mit Interviews auseinandergesetzt, die im Rahmen eines großangelegten Interviewprojektes 2005/06 unter anderem mit polnischen und russischen ehemaligen NS-Zwangsarbeiter:innen entstanden sind. Mit Dr. Daniel Schuch sprachen sie über die Analyse der Interviews und ihre Ergebnisse. Dabei gingen sie unter anderem der Frage nach, warum polnische und russische Verschleppte zwar bei der Zwangsarbeit ähnliche Erfahrungen machten, sich jedoch unterschiedlich erinnern. Deutlich wurde vor allem, inwiefern die jeweilige Erinnerungskultur des Landes Einfluss auf die Erinnerung und vor allem das Erzählte – und Nichterzählte – hatte.

● Im November stellte der **Historiker Moritz Grote** seine Studie zum **HASAG-Werk und -Lager in Flößberg** vor. Das Außenlager Flößberg, etwa 35 Kilometer südöstlich von Leipzig, war von Dezember 1944 bis April 1945 in Betrieb. Jüdische wie nichtjüdische Männer aus ganz Europa wurden hier für den Leipziger Rüstungskonzern HASAG ausgebeutet, misshandelt und getötet. Das Buch versucht, Flößberg als Teil des NS-Ausbeutungs- und Vernichtungssystems sichtbar zu machen sowie die Stimmen einiger der unzähligen Menschen zu bewahren, die hier zur Zwangsarbeit herangezogen wurden.



↑ Nach vielen Jahren haben wir unseren klassischen Gedenkstättenflyer überarbeitet und ein neues Design entwickelt. Zudem haben wir ihn in elf Sprachen übersetzen lassen: arabisch, englisch, französisch, hebräisch, italienisch, niederländisch, polnisch, russisch, spanisch, tschechisch und ukrainisch. Die Flyer gibt es in der Gedenkstätte und zum Download auf unserer Website.



↑ In diesem Jahr sind wir gewachsen und sind zum ersten Mal in der Geschichte der GfZL fünf hauptamtliche Mitarbeiter:innen.

Neuer Vorstand im Trägerverein der GfZL – Erinnern an NS-Verbrechen in Leipzig e.V.

Im Jahr 2024 hat sich im Trägerverein der Gedenkstätte ein personeller Wandel vollzogen. Nach vielen Jahren engagierter Arbeit im ehrenamtlichen Vorstand hat sich Hannes Schneider zu Beginn des Jahres entschieden, seine Rolle niederzulegen, um sich neuen Interessen und Verpflichtungen zu widmen. Wir danken Hannes herzlichst für die langjährige und wertvolle Zusammenarbeit und wünschen ihm für die Zukunft alles Gute! Umso mehr freuen wir uns, dass er dem Verein und der Gedenkstätte weiterhin als aktives Mitglied verbunden bleibt.

Dank eines großen Kreises an ehrenamtlich Aktiven waren schnell Interessierte gefunden, die die offene Stelle im Vorstand füllen wollten. Bei vereinsinternen Gesprächen wurde sich letztlich dazu entschieden, die Anzahl der gleichberechtigten Vorstandsmitglieder von drei auf fünf zu erhöhen. Die dazu nötige Satzungsänderung wurde im Rahmen der Mitgliederversammlung im Juni 2024 offiziell beschlossen.

Mit der Neuwahl des Vorstandes wurde Hannes Schneider feierlich verabschiedet. Jonas Kühne und Lisa Ulbricht, die sich weiterhin aktiv einbringen, wurden von der Mitgliederversammlung entlastet und einstimmig wiedergewählt. Die drei verbliebenen Vorstandsposten wurden durch die einstimmige Wahl von Milan Spindler, Tina Bähringer und Oliver Neef besetzt.

Der neue Vorstand Erinnern an NS-Verbrechen in Leipzig e.V. :

Jonas Kühne: Die Gedenkstätte für Zwangsarbeit begleite ich und begleitet mich in unterschiedlichen Funktionen seit 15 Jahren. Seit 2009 bin ich Mitglied des Vereins und seit 2017 Teil des Vorstands. Ich unterstütze die Mitarbeiter:innen der Gedenkstätte in ihrem Arbeitsalltag bei organisatorischen, finanziellen und rechtlichen Fragen, bringe mich in Fragen der Weiterentwicklung ein und habe das landesweite Netzwerk der sLAG mitgegründet, für das ich mittlerweile hauptamtlich arbeite. Ich schätze die Gedenkstätte als einen Ort, wo wir mit ehrenamtlichen und hauptamtlichen Strukturen auf Augenhöhe tolle Projekte umsetzen, politisch-historische Bildungsarbeit und Forschung betreiben und ein kritischer und progressiver Akteur der Leipziger und sächsischen Zivilgesellschaft sind.

Lisa Ulbricht: Ich bin durch ein praktisches Studiensemester, das ich 2019/ 2020 im Rahmen meines Studiums der Museologie absolvierte, in die Gedenkstätte gekommen. Während dieses halbjährigen Praktikums beschäftigte ich mich intensiv mit der museologischen Sammlung der Gedenkstätte und bekam zugleich einen guten Einblick in die Arbeit und den Gedenkstättenalltag. Nach meinem Praktikum engagierte ich mich weiterhin ehrenamtlich, seit 2022 als Mitglied des Vorstands.

Milan Spindler: Ich bin seit einem Praktikum 2013 im Umkreis der Gedenkstätte ehrenamtlich und auch freiberuflich aktiv. Konstante meiner Arbeit waren die Rundgänge zu NS-Zwangsarbeit im Leipziger Stadtteil Lindenau und die Begleitung und Übersetzung für italienische Familien, welche auf den Spuren ihrer Angehörigen Leipzig besuchen. Für die Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig sitze ich zudem im Beirat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und vertrete dort die Interessen unserer Institution. Ich freue mich, über die Arbeit im Vorstand näher an den Mitarbeitenden und Ehrenamtlichen zu sein, und so meine Aufgabe im Beirat noch besser erfüllen zu können.

Tina Bähringer: Seit beinahe zwei Jahren bin ich in der GfZL ehrenamtlich und freiberuflich tätig – ich betreue die Öffnungszeiten und gebe Führungen über das Gelände der Gedenkstätte. An die Menschen zu erinnern, die den Verbrechen der Nationalsozialisten zum Opfer fielen sowie über diese Verbrechen zu informieren und sie zu benennen, schafft eine Sichtbarkeit, die unerlässlich für die Bildung eines kritischen Bewusstseins ist. Ein nachhaltiges kritisches Bewusstsein, dass ein ‚Nie wieder‘ mit Inhalt füllt und das die Arbeit der Gedenkstätte so unterstützenswert und notwendig macht.

Oliver Neef: Seit März 2023 engagiere ich mich ehrenamtlich und freiberuflich in der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig. Dabei habe ich mich besonders im Bereich der Bildungsarbeit eingebracht, gebe Führungen über das Gelände der Gedenkstätte und begleite und leite Workshops. Zudem betreue ich regelmäßig die Öffnungszeiten der Gedenkstätte und bin in diversen Projekten und Recherchen beteiligt. Ich freue mich sehr durch die Aktivität im Vorstand die Arbeit der Gedenkstätte in allen möglichen weiteren Aspekten zu unterstützen und diese in einem tollen Team weiterzuentwickeln.





Anfragen und Besuche von Familien ehemaliger Zwangsarbeiter:innen

Anne Friebe



† Charles Brière (vorn links) mit Kameraden, wahrscheinlich im Lager Margarethenhain in Espenhain, zwischen 1942 und 1945
© Familie Brière

Ein großer, aber nach außen meist wenig sichtbarer Teil der Gedenkstättenarbeit besteht im Austausch mit den Familien ehemaliger Zwangsarbeiter:innen. Wir beantworten ihre Anfragen, recherchieren nach den Schicksalen ihrer Vorfahr:innen und betreuen ihre Besuche in Leipzig. Vor allem die Nachfahr:innen der dritten und vierten Generation kontaktieren uns mit Fragen nach den konkreten Schicksalen von NS-Zwangsarbeiter:innen – manchmal tauchen in den Nachlässen der erst kürzlich Verstorbenen bisher unbekannte Fotografien, Briefe oder Dokumente auf, manchmal beschäftigten sich die (Ur-)Enkel:innen künstlerisch mit der Geschichte ihrer Vorfahr:innen, manchmal haben sie einfach Fragen zur noch ungeklärten Familiengeschichte.

In den vergangenen Jahren nahmen diese Anfragen stetig zu, und nach dem Ende der Pandemie-Beschränkungen können wir auch wieder mehr Familien in Leipzig begrüßen. In diesem Jahr haben uns 15 Familien ehemaliger Zwangsarbeiter:innen besucht. Sie reisten aus Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Polen, Tschechien, Italien und den USA an.

Mit einigen sind wir schon lange per E-Mail in Kontakt. Auf ihre Anfragen hin haben wir in Archiven nach Dokumenten und Hinweisen zu/ über ihre(n) Vorfahr:innen gesucht, um Informationen über ihre Zeit als Zwangsarbeiter:innen in Deutschland zu finden und Zusammenhänge zu klären. Sich persönlich kennenzulernen ist immer etwas Besonderes. Wir tauschen uns vor Ort mit den Familien aus, hören die Geschichten an, die ihre Eltern oder Großeltern ihnen über ihre Zeit als Zwangsarbeiter:innen erzählt haben und zeigen ihnen die Dauerausstellung in der Gedenkstätte. Dann schauen wir uns gemeinsam die Dokumente, Tagebücher und



✂ Gedenken an Maria Wardyniec auf dem verwilderten Friedhof in Zschadraß, mit Elżbieta Kowalczyk-Böckmann (rechts) und Olaf Beyer (Kunst + Museumsprojekt Zschadraß „Ort jenseits der Straße“) © Anna Kaleri

Fotografien an, die die Gäste mitgebracht haben und recherchieren in Akten und Fachbüchern weiter. Für die Familien sind vor allem die konkreten Orte wichtig – in welcher Fabrik haben die Großeltern gearbeitet, in welchem Lager waren sie untergebracht? Oft suchen sie nach dem Gedenkstättenbesuch die historischen Orte auf, auch wenn heute nur noch wenige Spuren sichtbar sind.

Auch wenn wir leider nicht alle Fragen und Details klären können, sind diese Begegnungen für beide Seiten sehr bereichernd. Für viele Angehörige ist es wichtig, einmal am historischen Ort der Gefangenschaft ihrer Vorfahr:innen gewesen zu sein. Und auch wir lernen immer wieder neues, erhalten häufig Fotografien, Dokumente oder Objekte, die in unsere Arbeit einfließen und gewinnen Erkenntnisse, die als neue Informationen in die digitale Karte eingepflegt werden.

Charles Brière (1912-1992)

Im August kamen Angehörige von Charles Brière nach Leipzig. Dieser war 1940 als französischer Soldat in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten und in das Kriegsgefangenenlager Stalag IV B Mühlberg bei Riesa gebracht worden. Später wurde er von dort nach Espenhain südlich von Leipzig verlegt, wo er Zwangsarbeit im Tagebau und im Braunkohlenkraftwerk verrichten musste. Er arbeitete als Tischler in der Reparatur von Bergbaumaschinen und war im Lager „Margarethenhain“ untergebracht, das eines der größten Zwangsarbeitslager im Raum Leipzig war. Der Lagerkomplex bestand aus mindestens 120 Baracken, die Platz für 10.000 Menschen boten. Hier wohnten dienstver-

pflichtete Deutsche sowie zivile Zwangsarbeiter:innen aus verschiedenen Ländern. Die Kriegsgefangenen waren in einem separat eingezäunten Teil des Lagers untergebracht.

Charles Brière musste bis Kriegsende in Espenhain bleiben und kehrte im Mai 1945 nach Frankreich zu seiner Frau Alice und seinen zwei Kindern zurück.

In seinem Nachlass fand die Familie viele Fotografien aus dem Lager – offensichtlich besaß einer seiner Kameraden eine Kamera. Darunter sind mehrere Gruppenfotos vor Baracken, die wahrscheinlich in Espenhain aufgenommen wurden. Für uns sind diese Bilder wertvolle Zeugnisse – bisher waren keine Aufnahmen aus diesem Lager bekannt. Die Familie übergab Scans der Fotografien an die Gedenkstätte, wo wir sie für zukünftige Ausstellungen und für die Bildungsarbeit nutzen können.

Im Vorfeld des Besuchs hatten wir im Sächsischen Staatsarchiv in Leipzig nach Charles Brière recherchiert und Scans verschiedener Dokumente erhalten, unter anderem von seinem „Arbeitsbuch für Ausländer“. Diese Scans konnten wir an die Familie weitergeben, für die sich damit auch einige der noch offenen Fragen beantworteten.

Liudmila Pikyte (1922–2012) und Frans Willemse (1920–2020)

Anfang Oktober hatten wir in der Gedenkstätte Besuch von den Angehörigen zweier Zwangsarbeiter:innen aus Belgien in Leipzig. Sonia Willemse berichtete von ihren Eltern Liudmila und Frans, die sich als zivile Zwangsarbeiter:innen 1942 in Leipzig-Leutzsch kennenlernten. Liudmila kam aus Litauen nach Leipzig, Frans aus Belgien. Beide waren bei der Firma Körting & Mathiesen beschäftigt, die Scheinwerfer, Maschinenpistolen und Gewehre für die Wehrmacht produzierte. 800 der etwa 2.000 Beschäftigten waren Zwangsarbeiter:innen. Liudmila Pikyte und Frans Willemse lebten in einem Barackenlager nahe der Fabrik, in dem sie sich vermutlich auch kennenlernten. Ihr Verdienst, den sie für die Arbeit bekamen, reichte nicht einmal für das Nötigste, sodass Frans neben seiner Zwangsarbeit am Wochenende noch auf dem Feld arbeitete und Essen für Liudmila beschaffte. Nach dem Krieg gingen die beiden zusammen nach Belgien.

Bei dem sehr emotionalen und auch tränenreichen Besuch übermittelten wir unsere recherchierten Dokumente und Informationen an die Angehörigen. Erleichterung und Freude durchzog den Raum, da die einzelnen Informationen sich wie Puzzleteile zusammenfügten und Gewissheit brachten. Auch für die Gedenkstätte gab es neue Erkenntnisse: Aus den Dokumenten ging hervor, dass Frans 1941/42 bei der Firma Mey & Edlich als Zwangsarbeiter beschäftigt war – für die Gedenkstätte der erste Hinweis darauf, dass auch diese Firma Zwangsarbeiter:innen beschäftigt hat. Darüber hinaus brachten Sonia Willemse sowie ihre Nichte und ihr Neffe, Antoine und Deborah, Fotos mit, die Liudmila und Frans in den Baracken und auf dem Gelände des Zwangsarbeitslagers während des Krieges zeigen. Diese Fotos können eindeutig mit dem Unternehmensstandort von Körting & Mathiesen in Verbindung gebracht werden. Darüber hinaus sind diese Fotos einige der wenigen uns bisher zur Verfügung stehenden Quellen, die Frauen als Zwangsarbeiterinnen zeigen.

Maria Wardyniec (1925–1944)

Seit vielen Jahren schon sind wir mit Elżbieta Kowalczyk-Böckmann in Kontakt. Sie ist die Nichte von Maria Wardyniec, die als polnische Zwangsarbeiterin in Leipzig arbeiten musste und 1944 starb. Als 17-Jährige war Maria Wardyniec vom deutschen Arbeitsamt in Lemberg (heute Lwiv, Ukraine, damals Polen) zur Zwangsarbeit im Deutschen Reich verpflichtet und nach Leipzig gebracht worden. Hier musste sie für die Rüstungsfirma HASAG arbeiten und war im „Polenlager“ nahe des Werksgeländes in Leipzig-Schönefeld untergebracht. Nach knapp zwei Jahren wies der Lagerarzt der HASAG Maria als „geisteskrank“ in die Psychiatrische und Nervenklinik der Universität Leipzig ein. Von dort verlegte man sie zehn Tage später in die Landesheil- und Pflegeanstalt Zschadraß bei Colditz. Kurz darauf verstarb Maria dort unter ungeklärten Umständen und wurde auf dem Anstaltsfriedhof in Zschadraß bestattet. Ihre Familie wusste mehr als 60 Jahre lang nicht, wo, wie und warum Maria ums Leben gekommen war.

In Zschadraß starben während des Zweiten Weltkriegs 830 psychiatrisierte Menschen, darunter fünf Zwangsarbeiter:innen aus Polen und der Sowjetunion. 466 von ihnen wurden auf dem Anstaltsfriedhof bestattet. Dieser ist heute von Bäumen überwachsen, eingezäunt und nicht öffentlich zugänglich. Die Gräber sind oberirdisch nicht gekennzeichnet. Marias Familie, vor allem ihre Nichte Elżbieta, setzt sich seit 15 Jahren für eine Kennzeichnung des Grabes und eine Sichtbarmachung von Marias Namen ein. Wir unterstützen dieses Anliegen und sind seit einigen Jahren im Austausch mit der Stadtverwaltung Colditz, die den Friedhof betreut. Im Oktober fand schließlich ein erstes Treffen mit dem Colditzer Bürgermeister Robert Zillmann statt. Er zeigte sich offen dafür, auf dem Zschadraßer Friedhof eine Gedenktafel mit den Namen der Verstorbenen sowie Hintergrundinformationen zur Anstalt Zschadraß errichten zu lassen. Wir unterstützen die Colditzer Stadtverwaltung bei diesem Vorhaben mit unserer Expertise.

Mit Elżbieta Kowalczyk-Böckmann besuchten wir den Friedhof und legten dort Blumen in Andenken an ihre Tante Maria Wardyniec nieder. Wir hoffen, dass ihr Name und die Namen der anderen Verstorbenen dort künftig sichtbar sind.

Die Betreuung und Unterstützung von Angehörigen ehemaliger Zwangsarbeiter:innen ist eine humanitäre Aufgabe, die die Gedenkstätte übernimmt. Ging es in den 1990er Jahren noch vor allem um Nachweise für Rentenansprüche oder Entschädigungszahlungen an die Überlebenden, sind es heute vor allem die Folgegenerationen, die sich an uns wenden. Wir erleben den Austausch mit ihnen als große Bereicherung und freuen uns, dass weiterhin so viele Familien zu uns kommen.

Anne Friebe ist Mitarbeiterin der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig im Bereich Anfragen/ Recherche und Öffentlichkeitsarbeit.

→ Andrei Iwanowitsch Moissejenko und Hannes Farlock beim Zeitzeugengespräch im BIP Kreativitätsgymnasium © GfZL



Andrei Iwanowitsch Moissejenko – Ein ehemaliger Zwangsarbeiter der HASAG zu Besuch in Leipzig

Anja Kruse

„Ich war [...] 15 Jahre alt und lebte in der Ukraine, ich hatte vier Geschwister und war immer auf der Suche nach Essen für diese. Eines Tages war ich unterwegs in einem anderen Dorf – und auf einmal kam die Militärpolizei und hat mich in einen Zug gepackt, der Zug ging nach Deutschland, so kam ich nach Leipzig.“

Mit diesen Worten schilderte Andrei Iwanowitsch Moissejenko am 26. April 2024 während eines Zeitzeugengesprächs den Schüler:innen der Gerda-Taro-Schule in Leipzig seine Deportation im Jahr 1941, als er von den Deutschen zur Zwangsarbeit nach Leipzig verschleppt wurde. Andrei Iwanowitsch Moissejenko, heute 98 Jahre alt, lebt in Minsk (Belarus) und ist einer der letzten Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald und der Zwangsarbeit bei der Firma HASAG in Leipzig.

Dieses Zeitzeugengespräch sowie ein weiteres am Vortag mit Schüler:innen des BIP Kreativitätsgymnasiums fanden im Rahmen einer mehrwöchigen Tour von Andrei Iwanowitsch Moissejenko durch Deutschland im Frühjahr 2024 statt, bei der er auch mehrere Tage in Leipzig und bei uns zu Gast war.

Wie bei seinen früheren Besuchen wurde er bei dieser Reise von seinem langjährigen Freund, dem Filmemacher Hannes Farlock, begleitet. 2018 erschien der Dokumentarfilm „Ja, Andrei Iwanowitsch“, den Hannes Farlock zusammen mit anderen Filmemacher:innen, darunter der belarussische Kameramann Dzianis Sakalouski, produ-

ziert hat. Für den Film begleiteten sie Andrei Iwanowitsch über ein Jahr mit der Kamera und filmten ihn in unzähligen Alltagssituationen.

Vor den Zeitzeugengesprächen schauten die Schüler:innen jeweils den Film und hatten im Anschluss die Möglichkeit, mit Andrei Iwanowitsch über dessen Erinnerungen und Erfahrungen ins Gespräch zu kommen. An zwei aufeinanderfolgenden Abenden lud die Gedenkstätte zudem zu öffentlichen Filmvorführungen in das Kino Prager Frühling und das Ost-Passage-Theater mit anschließendem Zeitzeugengespräch. Beide Abendveranstaltungen waren äußerst gut besucht und das Interesse an Andrei Iwanowitschs Lebensgeschichte groß.

Bei einigen seiner Stationen in Leipzig war auch der bereits oben erwähnte Kameramann Dzianis Sakalouski dabei, der Filmaufnahmen von Andrei bei den Zeitzeugengesprächen, seinem Besuch in der Gedenkstätte sowie auf dem Gelände der Riebeckstraße 63 machte. Voraussichtlich wird in naher Zukunft ein neuer Film entstehen, auf den wir schon sehr gespannt sind.



← Andrei Iwanowitsch Moissejenko und Anja Kruse im Gespräch in der Gedenkstätte
© GfZL

Andrei Iwanowitsch war aber nicht nur in Leipzig: Neben der jährlichen Befreiungsfeier in der Gedenkstätte Buchenwald war er u.a. auch bei der feierlichen Eröffnung des Museums Zwangsarbeit im Nationalsozialismus in Weimar am 8. Mai 2024 als Ehrengast anwesend. Daneben besuchte er ein Dutzend Schulen und Veranstaltungs- und Gedenkorte in Sachsen und Thüringen.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei Andrei Iwanowitsch für den Besuch, für seine Offenheit und dafür, dass er seine Erinnerungen mit uns und vielen anderen Interessierten teilt. Ein erneuter Besuch für 2025 ist bereits vorgemerkt, worauf wir uns sehr freuen. Ein großer Dank gilt an dieser Stelle auch Hannes Farlock, der Andrei auf all diesen Reisen begleitet und ohne den wir Andrei wahrscheinlich gar nicht kennengelernt hätten. Zu guter Letzt danken wir den engagierten Lehrer:innen mit ihren interessierten Schüler:innen, den beiden tollen Veranstaltungsorten in Leipzig und den zahlreichen Besucher:innen für ihr großes Interesse.

Anja Kruse verantwortet den Bereich Bildung und Vermittlung der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig.

ANDREI IWANOWITSCH MOISSEJENKO

wurde 1926 in der Ukraine geboren. 1941 wurde er auf der Straße verhaftet und mit dem Zug zur Zwangsarbeit nach Leipzig verschleppt. Nach seiner Ankunft und Registrierung in Leipzig musste er Zwangsarbeit für die HASAG leisten.

1944 wurde er verdächtigt, Anführer einer Gruppe junger Aufständischer zu sein. Er wurde von der Gestapo verhaftet und verbrachte etwa zwei Monate im „Ausländergefängnis“ in der Riebeckstraße 63. Im Mai 1944 wurde er schließlich in das Konzentrationslager Buchenwald deportiert. Einige Zeit später verlegte ihn die SS in das KZ-Außenlager Wansleben, im April 1945 wurde Andrei Iwanowitsch von den Amerikanern befreit.

Nach dem Krieg leistete er zunächst Dienst in der Roten Armee in Belarus. Dort holte er schließlich auch die Schule nach und studierte. Er heiratete und bekam mit seiner Frau zwei Kinder. Andrei ist heute 98 Jahre alt und lebt in Minsk, Belarus.

Neues aus der Bildungsarbeit — Neue Workshops und „aktuelle“ Herausforderungen

Anja Kruse



† Gemeinsame Erprobung eines methodischen Bausteins eines Workshops, 2024 © GfZL

Die Bildungsarbeit der Gedenkstätte war 2024 von unterschiedlichen Entwicklungen und damit verbundenen Aktivitäten geprägt. Zum einen zeichnete sich im Jahresverlauf ab, dass die Nachfrage nach Führungen, Stadtteilrundgängen und Schulprojekten so hoch wie nie zuvor ausfallen würde. Dem Großteil der Anfragen konnte vor allem auch dank unserer engagierten freien Mitarbeiter:innen entsprochen werden. Das steigende Interesse an unseren Bildungsangeboten veranlasste uns dazu, das Programm durch neue Workshops zu ergänzen.

Zum anderen sahen und sehen auch wir uns infolge der gesellschaftspolitischen Entwicklungen der letzten Jahre zunehmend mit besonderen, wenn auch nicht ganz neuen Herausforderungen konfrontiert. Salonfähig gewordene Geschichtsumdeutungen, NS-relativierende Aussagen sowie rassistische und antisemitische Äußerungen prägen nicht erst seit 2024 auch unseren Arbeitsalltag. Diese Entwicklungen nehmen wir zum Anlass, um uns im Bildungsteam mit der Thematik und der Frage, wie wir dieser gemeinsam begegnen können, zu beschäftigen.

Hervorzuheben ist an dieser Stelle auch, dass wir seit April 2024 erstmals eine Stelle haben, die ausschließlich für die Vermittlungs- und Bildungsarbeit der Gedenkstätte zuständig ist. Durch die Erweiterung des Teams konnte eine eigene Stelle für den Bereich Finanzen geschaffen werden, der zuvor in meinen Verantwortungsbereich fiel.

Neue Workshops für Jugend- und Schulgruppen

Dank einer Projektförderung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten konnten wir Ende 2023 neue Workshops für Schüler:innen entwickeln und 2024 in den Bildungskatalog aufnehmen. Isabel Panek, die das Projekt betreute, konzipierte auf der Grundlage von Quellen- und Bildmaterialien aus der Sammlung der GfZL drei Workshops zu den Themenbereichen: „Rassismus und Ausgrenzung“, „Solidarität und Widerstand“ und „Sichtbarkeit von NS-Zwangsarbeit als öffentliches und dezentral organisiertes NS-Massenverbrechen“.

Die Workshops sind auf eine Dauer von zweieinhalb Stunden ausgelegt und können in Verbindung mit einer Überblicksführung durch die Gedenkstätte gebucht werden. Neben Kleingruppenarbeit, in der sich die Teilnehmenden mit historischem Quellenmaterial beschäftigen, beinhalten die Workshops methodische Ansätze aus der historisch-politischen Bildungsarbeit, die die gemeinsame Auseinandersetzung mit übergeordneten, zum Teil gegenwartsbezogenen Reflexionsfragen ermöglichen.

Weitere Informationen zu den Workshops finden sich auf der Website der Gedenkstätte: <https://www.zwangsarbeit-in-leipzig.de/de/zwangsarbeit-in-leipzig/bildungsangebote/angebote-fuer-schul-und-jugendgruppen/workshops-gedenkstaette>

Aktuelle Herausforderungen und kollegialer Austausch

Ausgehend von den eingangs beschriebenen Herausforderungen, die auch uns im Gedenkstättenalltag begegnen, hat sich das Bildungsteam der Gedenkstätte, bestehend aus haupt- und nebenamtlichen Mitarbeiter:innen, im Laufe des Jahres über die Erfahrungen mit z.B. rechten, rassistischen oder verschwörungsideologischen Aussagen und Störungen ausgetauscht. In kleineren internen Workshops wurden Beispiele aus der Praxis sowie Optionen für den Umgang mit diesen im Kontext der Bildungsarbeit der GfZL besprochen.

Dieser kollegiale Austausch wird sich verstetigen. Dabei greifen wir auch zukünftig auf die Expertise langjährig erfahrener Partner:innen zurück. So fand im September 2024 ein Workshop von den Staatlichen Kunstsammlungen Dresden (SKD) in Kooperation mit der sächsischen Landesarbeitsgemeinschaft Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus (sLAG) und der GfZL statt, den zwei Mitarbeiter:innen des Kulturbüros Sachsen durchführten. In dem praxisorientierten Workshop erprobten, diskutierten und reflektierten die Teilnehmenden verschiedene Argumentations- und Handlungsstrategien für den Umgang mit menschenfeindlichen Äußerungen und Verschwörungserzählungen in Museen und Gedenkstätten.

Anja Kruse verantwortet den Bereich Bildung und Vermittlung der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig.

→ Erkundung eines ehemaligen Lagerstandortes mit Teilnehmer:innen eines Spurensuche-Projektes, 2024
© GfZL



Die HASAG und der Holocaust — Eine Exkursion nach Polen

Martin Clemens Winter



Am ehemaligen HASAG-Werk „Pelcery“ in Częstochowa © alle Bilder Martin C. Winter

Durch die Arbeit der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig (GfZL) nimmt der Leipziger Rüstungskonzern Hugo Schneider AG (HASAG) im historischen Bewusstsein der Stadtgesellschaft allmählich eine relevantere Stellung ein. Weniger bekannt sind jedoch die transnationalen Aspekte der Firmengeschichte: Dass die HASAG im besetzten Polen Jüdinnen und Juden unter grauenhaftesten Bedingungen ausbeutete und ermordete, dass die meisten der deutschen Täterinnen und Täter aus Leipzig und den anderen nahegelegenen Werksstandorten kamen, und wie eng die Firma in den deutschen Besatzungsterror eingebunden war, spielt in der lokalhistorischen Auseinandersetzung bislang kaum eine Rolle.

Um diesen Themen nachzugehen, fand im April/Mai 2024, im Rahmen der Förderung durch das Alfred Landecker

Lecturer-Programm, von der Universität Leipzig ausgehend, eine mehrtägige Exkursion nach Polen statt. Neben 20 Studierenden nahmen auch Mitarbeiterinnen der GfZL teil¹. Gemeinsam besuchten wir die Orte im damaligen Distrikt Radom, an denen die HASAG während des Zweiten Weltkriegs polnische Rüstungsbetriebe übernommen und Zwangsarbeitslager für zehntausende Jüdinnen und Juden errichtet hatte: Częstochowa, Skarżysko-Kamienna und Kielce. Mit mir konzipierte und organisierte die Reise Dr. Andreas Kahrs von der NGO *what matters*, der für einen perfekten Ablauf vor Ort sorgte und als ausgewiesener Experte zur NS-Mordpolitik in Osteuropa einen umfassenden historischen Rahmen einbrachte. Auf der Exkursion beteiligten sich die Teilnehmenden durch die Präsentation von Quellen und Biografien an der Ausgestaltung.



Inhaltlich sollte die Zwangsarbeit von Jüdinnen und Juden auch in den Kontext der zeitgleich durchgeführten systematischen Ermordung der Jüdinnen und Juden im Generalgouvernement eingeordnet werden. Deswegen gehörte zum Programm, neben den ehemaligen Werken und Ghettos der jeweiligen Gemeinden, auch ein Besuch der Gedenkstätte Treblinka. Dort hatten die Deutschen unter den bis zu 900.000 Opfern auch diejenigen Jüdinnen und Juden aus Częstochowa, Skarżysko-Kamienna und Kielce ermordet, die nicht zur Zwangsarbeit bei der HASAG ausgewählt worden waren.

Als Auftakt dienten mehrere Veranstaltungen in Leipzig. So traf sich die Gruppe vorab in der GfZL – und damit am historischen Ausgangspunkt der Verbrechen der HASAG. Auch die Vorstellung von Mordechai Striglers Buch „Schicksale“ im Capa-Haus bereitete die Reise vor.

Ghettoisierung und Zwangsarbeit in Częstochowa

Am 1. Mai begann das Programm mit einem Rundgang durch das ehemalige Ghetto von Częstochowa, in dem mehr als 40.000 Menschen zusammengepfercht leben mussten. Neben historischen Spuren im Straßenbild besuchten wir das Deportations-Denkmal und führten Quellen sowie Biografien ein, die uns auf der Reise begleiten sollten. Andreas Kahrs zeigte uns einige, auf den ersten Blick unscheinbare, aber für die Geschichte des Ghettos, zentrale Orte. Bereits hier eröffneten sich Themenfelder, die uns in den kommenden Tagen begleiten sollten: Fragen zur Sichtbarkeit, Zugänglichkeit und Lesbarkeit historischer Verbrechensorte.

Nachmittags besichtigten wir zwei der insgesamt vier ehemaligen HASAG-Standorte in Częstochowa: Zuerst das frühere Werk „Pelcery“, in dem zwischen 1942 und 1945 etwa 5.000 Jüdinnen und Juden Zwangsarbeit leisten mussten. Hier wurde der enge Zusammenhang zwischen der Vernichtungspolitik im Ghetto und der Zwangsarbeit für den Rüstungskonzern deutlich. Am zweiten Standort, dem „Warta-Werk“, das von der HASAG im Herbst 1943 übernommen wurde, rückten wir insbesondere die Täter:innen im Mittelpunkt, von denen zahlreiche aus den HASAG-Werken in Leipzig stammten. An beiden ehemaligen Werken erinnern Tafeln der World Society of Częstochowa Jews and Their Descendants an die jüdischen Zwangsarbeiter:innen; zugleich sind große Teile der bis heute erhaltenen Gebäudestrukturen nicht zugänglich, da sie entweder völlig verfallen sind oder durch Industrie und Handel nachgenutzt werden.

Der Tagesabschluss fand auf dem jüdischen Friedhof von Częstochowa statt. Er wurde von den deutschen Besatzern für Massenerschießungen genutzt, und heute befinden sich dort Grab- und Gedenksteine für hunderte Opfer, darunter zahlreiche Zwangsarbeiter:innen der HASAG.

Rüstungsproduktion und Massenmord in Skarżysko-Kamienna

Der zweite Tag führte uns nach Skarżysko-Kamienna. Dort hatte die HASAG unmittelbar nach dem deutschen Überfall auf Polen eine Rüstungsfabrik übernommen. Der riesige Komplex bestand aus drei Teilen (Werk A, B und C), in denen ab 1942 jeweils ein eigenes „Zwangsarbeitslager für Juden“ eingerichtet wurde. Da sich auf dem größten Teil des Geländes heute eine Rüstungsfabrik befindet, ist der Zugang zu den historischen Spuren stark erschwert. Vor Ort wurden wir von Piotr Sasal vom Militärmuse-

um „Muzeum im. Orła Białego“ („Weißer Adler“) empfangen und zu einigen relevanten Orten geführt. Nach einer Einführung im Museum konnten wir einen Blick auf den Bereich des ehemaligen HASAG-Werkes A werfen. Danach besuchten wir ein Denkmal aus den 1960er Jahren, das an die Opfer der HASAG erinnert. Anschließend fuhren wir in das Gebiet des ehemaligen Ghettos der Stadt, wo 1987 vom Komitee der in Skarżysko geborenen Juden ein Gedenkstein errichtet wurde.

Auf dem Weg zur letzten Station des Tages umrundeten wir das ehemalige „Werk C“ und fuhren zu einer der „Todesgruben“ im Wald, wo 1944 im Rahmen der sogenannten „Aktion 1005“ vermutlich mehrere tausend Opfer der HASAG verbrannt wurden.² Im Austausch darüber, dass diese Massengräber bis heute unmarkiert sind, beendeten wir den Besuch mit einer Abschlussrunde, bevor wir abends nach Kielce weiterfuhren.

Spurensuche in Kielce

Dort begann das Tagesprogramm am ehemaligen HASAG-Werk „Granat“, wo sich heute wieder ein Industriebetrieb befindet. Vor Ort erinnert auf den ersten Blick, bis auf einige Gebäude, nichts an die Geschichte des Geländes, wo sich einst neben dem Rüstungswerk ein Zwangsarbeitslager für 500 Jüdinnen und Juden befand. Mit Aussagen von jüdischen und nicht-jüdischen Zeuginnen und Zeugen sowie biografischen Skizzen und Luftbildern gingen wir multiperspektivisch auf die Besonderheiten des Kieler HASAG-Standortes ein.

Im Anschluss führte uns Andreas Kahrs, auf den Spuren jüdischer Geschichte, durch das ehemalige Ghetto von Kielce. An verschiedenen Denkmälern, der früheren Synagoge und den Gedenkorten für das antisemitische Pogrom von Kielce 1946 sprachen wir über transnationale Erinnerungskulturen, die in ihrer Vielschichtigkeit, anhand der Denkmalslandschaft in Polen, besonders deutlich werden.

Den Nachmittag nutzten wir für eine Zusammenfassung: Andreas Kahrs und ich rekonstruierten gemeinsam mit den Teilnehmer:innen eine Zeitleiste, auf der wir die Entwicklungen der HASAG im Generalgouvernement in den Kontext von Krieg und Besatzungsherrschaft, insbesondere in die „Aktion Reinhardt“ einordneten. Anhand der Koinzidenzen prägnanter Ereignisse und struktureller Entwicklungen wurde dabei der enge Zusammenhang zwischen Ghettoisierung, Zwangsarbeit und Vernichtungspolitik deutlich. Zugleich bot dieses Resümee eine Überleitung zum Abschluss der Reise, der dem Mordlager Treblinka gewidmet war. Dessen Geschichte widmeten wir uns von Warschau aus am letzten Exkursionstag.

Deportationen und Massenmord

Am Morgen des vierten Tages besuchten wir einige Orte zur Geschichte des Warschauer Ghettos und fuhren anschließend zur Gedenkstätte Treblinka. Zunächst hielten wir an der ehemaligen Bahnstation Stacja Treblinka, an der seit 2021 ein Gedenkort an das Leid der hunderttausenden deportierten Jüdinnen und Juden erinnert, die dort in Güterzügen eingepfercht auf ihren Weitertransport in das Todeslager warten mussten. In der Gedenkstätte führte Andreas Kahrs auf unserem Weg entlang der ehemaligen Lagergrenze in die Geschichte des Mordlagers ein. Als Abschluss des Besuchs und unserer Reise suchten wir, unter den mehreren tausend Granitsteinen auf den Massengräbern des Lagers, die Gedenksteine für die ermor-

deten jüdischen Gemeinden der von uns zuvor besuchten Städte und legten in Gedenken an die Opfer Blumen nieder.

Damit schloss sich der Kreis unserer Exkursion, die für alle Teilnehmenden die Kenntnisse über Organisation, Durchführung, Täter:innen, Opfer und Überlebende des Holocaust in Polen sowie Aspekte transnationaler Erinnerung vertiefte. Zugleich wurde durch die Fokussierung auf die HASAG das komplexe Tatgeschehen anhand weniger, miteinander eng verzahnter, Beispiele konkretisiert und nicht zuletzt an die Leipziger Lokalgeschichte zurückgebunden.

Als ein weiteres Ergebnis der Exkursion fasst der mehrteilige Podcast „Die HASAG und der Holocaust“ die Inhalte der Reise und Eindrücke von Teilnehmer:innen zusammen. Er ist auf den Kanälen der GfZL verlinkt.

Dr. Martin Clemens Winter ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Alfred Landecker Lecturer am Historischen Seminar der Universität Leipzig. Er arbeitet an einem Post-Doc-Projekt zu „Unternehmenskultur, Zwangsarbeit und Judenmord beim Leipziger Rüstungskonzern HASAG“.

- 1 Die Reise konnte an eine Exkursion der GfZL nach Skarzysko-Kamienna im Jahr 2016 anknüpfen. Vgl. Meyer, Philipp: Exkursion nach Skarzysko-Kamienna – auf den Spuren der HASAG im besetzten Polen, in: Newsletter des Fördervereins „Dr. Margarete Blank“ e.V., Nr. 5, 2010, S. 8–10.
- 2 Angrick, Andrej: „Aktion 1005“. Spurenbeseitigung von NS-Massenverbrechen, Göttingen 2018, Bd. 2, S. 861–866



↗ Das ehemalige „Pelcery“-Werk in Częstochowa

† Gedenkstein für die in Treblinka ermordeten Jüdinnen und Juden aus Skarzysko-Kamienna





← Gelände des ehemaligen HASAG-Werk „Granat“ in Kielce

↓ Standort des ehemaligen HASAG-Werks „Warta“ in Częstochowa

© Sina Wolff



→ Rundgang durch
das ehemalige Ghetto
von Częstochowa



† Denkmal für die
Bewohner:innen des
ehemaligen jüdischen
Ghettos in Skarżysko-
Kamienna



→ Tausende Granit-
steine erinnern in
der Gedenkstätte
Treblinka an die
ehemaligen jüdischen
Gemeinden

↓ Jüdischer Friedhof in Częstochowa



→ Ehemalige
Synagoge in Kielce



← Gedenk-
ort für das
antise-
mitische
Pogrom von
Kielce



← Gedenkort ehe-
malige Bahnstation
„Stacja Treblinka“

→ Ehemaliges
Geländes des
HASAG-Werkes A
in Skarżysko-
Kamienna



↘ Standort des ehemaligen HASAG-Werks „Warta“ in Częstochowa

↓ Tausende Granitsteine erinnern in der Gedenkstätte Treblinka an die ehemaligen jüdischen Gemeinden



Fraktionsübergreifende Einigkeit — Neuer Stadtratsbeschluss zum ehemaligen KZ-Außenlager „HASAG Leipzig“

Josephine Ulbricht

Mehr als zwei Jahre lang arbeitete es hinter den Kulissen, bis im Leipziger Stadtrat am 19. September 2024 ein Beschluss in Beantwortung der von der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig (GfZL) eingereichten Erklärung zum ehemaligen KZ-Außenlager „HASAG Leipzig“ in der Kamenzer Straße gefasst werden konnte.

Die im Januar 2022 bei der Stadt Leipzig eingereichte Petition positionierte sich deutlich gegen die Nutzung des früheren KZ-Geländes in der Kamenzer Straße 12 in Leipzig durch Neonazis und forderte eine Veränderung dieses Zustandes. Aus Sicht der GfZL ist die derzeitige Situation ein Skandal und bagatellisiert das Leid der dort inhaftierten KZ-Gefangenen sowie der ebenfalls auf dem Gelände untergebrachten zivilen Zwangsarbeiter:innen. 1944/1945 befand sich in dem Gebäude der Kamenzer Straße 12 und den daneben befindlichen Baracken das größte Frauenaußenlager des KZ Buchenwald für über 5.000 Gefangene, die für die HASAG schuften mussten.

In der Petition hat die GfZL mit Unterstützung zahlreicher Erstunterzeichner:innen sowie mehr als 1.500 Zweitunterzeichner:innen unter anderem gefordert, dass das Gebäude in die öffentliche Hand übergehen und eine weitere denkmalpflegerische Untersuchung erfolgen soll. Darüber hinaus sei der Ort als zentraler historischer Erinnerungsort mit Bezug zum KZ-Außenlagersystem und NS-Zwangsarbeit von der Stadt Leipzig zu würdigen. Bei der erneuten denkmalpflegerischen Untersuchung sollte der Fokus auf der gesamten Erfassung des Gebäudes in Kamenzer Straße 12 liegen und insbesondere auch das Innere des Gebäudes einbezogen werden. Denn bei der im Jahr 2020 durch das Landesamt für Denkmalschutz Sachsen (LfD) vorgenommenen Prüfung mit dem Ergebnis, dass das Gebäude nicht die Voraussetzungen der Denkmaleigenschaft erfülle, wurde das Gebäude lediglich von außen, von der Bordsteinkante her betrachtet. Zwar wurden auch Akten und Dokumente recherchiert und einbezogen, doch eine genaue Bestandsaufnahme war nicht erfolgt.

Ein Lichtblick war die Einweihung der städtischen Gedenkstele an der Kamenzer Straße 12 im Juli 2022. Die Errichtung der Stele ging auf einen Stadtratsbeschluss vom Mai 2020 zurück und entstand in enger Zusammenarbeit zwischen Kulturamt und der GfZL mit Texten in fünf verschiedenen Sprachen.

Zwei Jahre später nun, im September 2024, legte die Verwaltung dem Leipziger Stadtrat einen Beschlussentwurf vor, der sich auf die Petition der GfZL bezog. Hierzu hatten die Parteien Die Linke und die CDU Änderungsanträge in die Stadtratssitzung eingebracht und in der Abstimmung weitgehend zusammengearbeitet.

Beschlossen wurde, dass die Stadt Leipzig ein bauhistorisches Gutachten in Auftrag gibt, bei dem dieses Mal auch die Innenräume einbezogen werden müssen. Das Gutachten soll dann dem Landesamt für Denkmalschutz vorgelegt werden, um erneut die Denkmalwürdigkeit des Gebäudes in der Kamenzer Straße 12 zu prüfen. Im Stadtrat gab Baubürgermeister Thomas Dienberg (Grüne) dazu noch an: „Es hat von der Denkmalpflege sowohl im Landesamt als auch auf unserer Seite eine klare Einschätzung gegeben, dass dieses gesamte Areal so überformt ist, dass eine Unterschutzstellung nicht in Frage kommt.“ Dennoch wird es nun zur Vergabe eines Baugutachtens an externe Gutachter:innen kommen, und damit auch erstmals zu einer Bestandsaufnahme des heutigen Zustandes für die Öffentlichkeit.

Doch das Problem, dass das Gebäude weiterhin für Überlebende und deren Angehörige sowie für erinnerungskulturelle Aktivitäten nicht zugänglich ist, bleibt (vorerst) bestehen: Die Ankaufsverhandlungen der Stadt Leipzig mit dem Eigentümer haben bisher zu keinem Ergebnis geführt, was an dessen überzogenen Vorstellungen gelegen habe. Juliane Nagel (Linke) sprach sich dafür aus, dass die Stadt Leipzig die Ankaufsverhandlungen jedoch nicht für beendet erkläre, wie es der ursprüngliche Beschlussvorschlag vorsah, sondern weiter in Gesprächen bleibe.





† Falk Dossin (CDU) bei seiner Rede im Leipziger Stadtrat am 19.9.24 © Jan Kaefer, L-IZ

→ Juliane Nagel (Die Linke) mit der Broschüre der GfZL zum ehemaligen KZ-Außenlager „HASAG Leipzig“ im Leipziger Stadtrat am 19.9.24 @ Jan Kaefer, L-IZ



In der Stadtratssitzung wies Falk Dossin (CDU) darauf hin, dass er es schade fände, „dass dieses Objekt derzeit nicht genutzt werden kann zum Gedenken an diese Taten, die wir damals als Gesellschaft dort getan haben“. Zudem sagte er, es sei beschämend, unter welchen Bedingungen die Gedenkstätte für Zwangsarbeit, die auf dem ehemaligen Gelände des HASAG sitzt, ihre Arbeit machen müsse. Daher sprach sich die CDU dafür aus, dass ein Vorkaufsrecht unter Denkmal- und Erinnerungsgesichtspunkten für die Kamenzer Straße 12 geprüft werde, was ebenfalls in den Beschluss aufgenommen wurde.

Am Ende dieses Tagesordnungspunktes fasste der Stadtrat einen Beschluss – der bis auf die Gegenstimmen und Enthaltungen aus den Reihen der AfD und der Freien Sachsen – von einer großen Mehrheit getragen wurde und vorsieht, dass das Thema NS-Zwangsarbeit im Rahmen der Schwerpunktsetzung des Konzepts Erinnerungskultur behandelt werden soll.

Darüber hinaus beauftragte der Stadtrat mit seinem Beschluss die Stadt Leipzig, mit der GfZL ins Gespräch zu kommen und die Weiterentwicklungspläne der Gedenkstätte in Form einer räumlichen Vergrößerung an einem anderen Standort zu unterstützen.

Der Stadtratsbeschluss vom 19. September ist ein wichtiger Meilenstein für die GfZL. Nicht nur, dass Bewegung in die Causa Kamenzer Straße 12 kommt. Er zeigt auch, dass sich große Teile des Leipziger Stadtrates hinter die Arbeit der GfZL stellen und künftig das Thema NS-Zwangsarbeit in der Erinnerungskultur der Stadt stärker repräsentiert wissen wollen. Gerade im Hinblick auf die Pläne für eine Weiterentwicklung und räumliche Vergrößerung der GfZL, die in den nächsten Jahren umgesetzt werden sollen, ist dies eine wichtige Grundlage.

Josephine Ulbricht ist Mitarbeiterin der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig im Bereich Vernetzung, Weiterentwicklung und Social Media.



† Dieses Gebäude in der Kamenzer Straße 12 war ab 1941 Unterkunft für zivile Zwangsarbeiter:innen und zwischen 1944 und 1945 das zentrale Gebäude des KZ-Außenlagers „HASAG Leipzig“ © GfZL

Hintergrund:

In der Kamenzer Straße 10 und 12 und dem angrenzenden Areal befand sich zwischen Juni 1944 und April 1945 das KZ-Außenlager „HASAG Leipzig“. Mit mehr als 5.000 weiblichen KZ-Häftlingen war es das größte Frauenaußenlager des KZ Buchenwald. Zudem wurde im Herbst 1944 ein Lager für 700 männliche KZ-Häftlinge eingerichtet. Die hier inhaftierten Frauen und Männer wurden gezwungen, für den größten sächsischen Rüstungskonzern HASAG (Hugo Schneider AG) Waffen und Munition herzustellen.

Das heute noch vorhandene Fabrikgebäude der ehemaligen HASAG in der Kamenzer Straße 12 bildete das zentrale Gebäude des Frauenaußenlagers. Es wurde 1940 für das sogenannte Nordwerk der HASAG errichtet und diente alsbald der Unterbringung von polnischen zivilen Zwangsarbeiter:innen. Im Juni 1944 wurde dieses Gebäude

mit den daneben befindlichen Baracken zum KZ-Außenlager umfunktioniert. In den hohen Hallen des Fabrikgebäudes wurden Schlafsäle eingerichtet, während sich im Erdgeschoss die Krankenstation, die Schreibstube sowie die Kantine des Lagers befanden. Im Keller lagen der Waschbereich und Kammern, die als Zellen für Inhaftierungen benutzt wurden. Dieser Ort in der Kamenzer Straße steht für Ausbeutung, Gewalt und Tod während der NS-Zeit.

Das Gebäude in der Kamenzer Straße 12 ist das einzige heute noch erhaltene bauliche Relikt eines KZ-Außenlagers im Stadtraum Leipzig und damit ein Ort von herausragender historischer Bedeutung. Seit 2007 ist das Gelände in Privatbesitz und fiel wiederholt durch neonazistische Aktivitäten wie Rechtsrock-Konzerte oder rechtsradikal motivierte Kampfsporttrainings auf.

↓ Zigarettendose mit Gravur; 8,5 cm × 6 cm × 1,8 cm.
Linksseitig ist „G Sch“, für Gustav Schulze, eingraviert mit einem Herz darum.
Rechtsseitig ist „LEIPZIG“ und die Jahreszahl „1943“ zu lesen. © GfZL



↓ Harmonika von Jaroslav Kougl der Marke Royal Standard; 42 cm × 38 cm × 18 cm © GfZL



→ Schreibfeder von Danuta Brzosko-Mędryk; 3,8 cm × 0,5 cm × 0,3 cm © GfZL



Ein Blick in die Sammlung der Gedenkstätte

Friederike Höntsch

Zu den Kernaufgaben der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig gehört das Sammeln und Bewahren von Dokumenten, Fotografien und Objekten ehemaliger Zwangsarbeiter:innen. Die museologische Sammlung stellt eine wichtige Grundlage für die Dauerausstellung und die Dokumentation und Erforschung von NS-Zwangsarbeit in Leipzig dar.

Organisation und Struktur der Sammlung

Die Sammlung der Gedenkstätte umfasst inzwischen 312 inventarisierte Objekte (Stand 5. November 2024). Davon sind 37 Objekte in der aktuellen Ausstellung zu sehen, zuzüglich dreier Leihgaben aus der Gedenkstätte Buchenwald. Tatsächlich verfügt die GfZL über 526 Einzelobjekte, denn einige Dinge – meist Fotografien und Schriftgut – werden zusammen mit anderen als Konvolute erfasst.

Wir erfassen die Objekte digital in der Datenbank *imdas light*, sowie analog in Objektordnern, in denen auch die dazugehörigen Dokumente – Annahmeformulare, manchmal Briefwechsel – gesammelt werden. Bei der Inventarisierung nehmen wir technische Daten wie Maße und Material auf, mindestens ein Objektfoto, den Erhaltungszustand und weitere Informationen. Besonders wichtig ist es, die Provenienz, also die Herkunftsgeschichte des jeweiligen Objekts, so detailliert wie möglich zu erfassen oder, wenn nötig, zu recherchieren. Erst durch diese Informationen können wir das Objekt für die Gedenkstätte und ihre Arbeit nutzbar machen.

Stichwort Nutzbarkeit: Gesammelt werden Objekte, die in einem Zusammenhang mit dem Thema Zwangsarbeit im NS (vor allem in und um Leipzig) und/ oder der HASAG stehen. Besondere Bedeutung fällt dabei Objekten zu, die Aufschluss geben über den Alltag und die persönlichen Geschichten von Zwangsarbeiter:innen. Bei jedem potenziell neuen Objekt fragen wir uns: Können wir anhand dieses Objektes (neue) Informationen über Zwangsarbeit oder die HASAG erlangen? Können wir anhand dieses Objektes das System Zwangsarbeit oder die Geschichte der HASAG einordnen, dokumentieren und vermitteln?

Bei der Erfassung werden die Objekte außerdem in verschiedene Kategorien eingeteilt, wie zum Beispiel *Abzeichen/ Kennzeichen, Briefe/ Postkarten, Fotografie, Kleidung/ Textilien oder Zahlungsmittel*. Mit 204 Einzelobjekten ist die Kategorie *Fotografie* mit Abstand am umfangreichsten. Da es in der Gedenkstätte wenig Platz zur Aufbewahrung gibt, können wir die Objekte nicht wie größere Museen oder Gedenkstätten streng nach Material getrennt in verschiedenen Räumen mit entsprechendem Idealklima lagern. Die Objekte werden bei uns dennoch weitestge-

hend nach Werkstoff getrennt in geeigneten Kisten oder Hängemappen und entsprechenden Schänken aufbewahrt. Wir achten darauf, dass sie einander nicht schädigen und überwachen die klimatischen Bedingungen.

Wie kommen die Objekte eigentlich in die Gedenkstätte?

Die meisten Objekte gelangen als Schenkung zu uns. Sie stammen von ehemaligen Zwangsarbeiter:innen, wie zum Beispiel von der ehemaligen KZ-Gefangenen Danuta Brzosko-Mędryk oder häufig auch von ihren Nachkommen. Zu Letzteren gehört zum Beispiel Stef Beumkes, Sohn des ehemaligen niederländischen zivilen Zwangsarbeiters Egbert Jan Beumkes. Stef Beumkes baute in der Vergangenheit Kontakt zu vielen Niederländer:innen auf, die wie sein Vater Zwangsarbeiter:innen in Leipzig waren. So trug und trägt er bis heute immer wieder Objekte zusammen, die er gesammelt an die Gedenkstätte übergibt. Dies sind meist Fotografien und Dokumente, teilweise aber auch in den Lagern hergestellte Kunstgegenstände oder andere persönliche Dinge. Diese Dinge wurden oft innerhalb der Familien weitergegeben und dort lange gehütet. Manchmal, beispielsweise wenn ehemalige Zwangsarbeiter:innen in ihren Familien nicht über ihre Zeit in Leipzig sprachen, tauchen diese Objekte erst nach deren Tod als sogenannte Dachbodenfunde auf. Solche Funde sind dann häufig Anlass für die Nachkommen, eigene Nachforschungen anzustellen. Aber in der Sammlung befinden sich auch Objekte, die von deutschen Angestellten der HASAG stammen. Hier sind es in der Regel deren Kinder oder Enkelkinder, die uns die Objekte und dazugehörigen Überlieferungsgeschichten mitbringen. Bei diesen Objekten handelt es sich zumeist um Ausbildungszeugnisse oder Lehrmaterialien der HASAG, es sind aber auch Fotografien und einige Werkzeuge dabei. Darüber hinaus gibt es noch die Objekte aus der Produktionsgeschichte der HASAG: einzelne Munitionsteile, Teller oder Besteck mit dem HASAG-Logo, Petroleumlampen oder Lichterketten aus der Vorkriegs-Produktion. Diese Gegenstände tauchen bis heute in Kellern, Kleingärten und auf Dachböden in und um Leipzig auf und werden an die Gedenkstätte weitergegeben.

Was uns die Objekte erzählen können

Wie oben bereits angesprochen haben die Objekte für uns einen Nutzen: Wir können an ihnen (er)forschen, Zusammenhänge herstellen und vermitteln, und mit ihnen die Geschichten ihrer ehemaligen Besitzer:innen (auf-)bewahren. Hier drei Beispiele:



Zigarettendose mit Gravur – Inventarnummer: Z/300/2024

Das Metaldöschen diente zur Aufbewahrung von Zigaretten und Tabakresten. Gustav Schulze war Schlosser bei der HASAG und hatte Zwangsarbeiter:innen unter sich. Der Überlieferung zufolge hatte er den Zwangsarbeiter:innen immer wieder einmal Essen oder Zigaretten zugesteckt. Als Dank bekam er dafür dieses gravierte Döschen von einem polnischen oder französischen Zwangsarbeiter, der uns leider nicht namentlich bekannt ist, geschenkt. Schulzes Enkel übergab das Objekt der Gedenkstätte im Februar dieses Jahres bei einem Besuch.

Bei dem Objekt handelt sich also um ein personalisiertes Geschenk, das Aufschluss gibt über das Verhältnis zwischen den Zwangsarbeiter:innen und ihren deutschen Vorgesetzten. Trotz der vielen Verbote und starken Reglementierung zur Verhinderung der Annäherung von Deutschen und „Ausländern“ und den allzu vielen Fällen, in denen Deutsche ihre Machtposition den ihnen unterstellten Zwangsarbeiter:innen gegenüber ausnutzten, kam es hin und wieder zu freundschaftlichen Gesten, die von gegenseitiger Wertschätzung sprechen.

Harmonika von Jaroslav Kougl – Inventarnummer: Z/281/20021 a

Jaroslav Kougl war von 1943 bis 1945 Zwangsarbeiter bei der HASAG in Leipzig und Teil einer tschechischen Musikband, die aus Zwangsarbeitern bestand und die laut der Erzählungen seiner Familie manchmal nach der Arbeit in umliegenden Kneipen auftrat. Dafür ließ er sich von seiner Familie seine Harmonika mit der Post nach Leipzig schicken. Das Instrument wurde uns 2021 zusammen mit Notenheften von seiner Enkelin, die die Gedenkstätte bereits 2020 besucht hatte, geschickt.

Die Harmonika, die Geschichte Kougl und die Fotografien, die die Band zeigen, sind u.a. Ausdruck der unterschiedlichen Behandlung, die die Zwangsarbeiter:innen aufgrund ihrer Herkunft und Gruppenzugehörigkeit erfuhren. Während die sogenannten „Ostarbeiter“ und „Ostarbeiterinnen“, sowjetische Kriegsgefangene oder KZ-Gefangene streng bewacht wurden und sich nicht ohne Kontrolle außerhalb ihrer Lager bewegen konnten, hatten niederländische oder tschechische zivile Zwangsarbeiter:innen teilweise die Erlaubnis, sich ohne Bewachung frei in der Stadt zu bewegen.

Schreibfeder von Danuta Brzosko-Mędryk – Inventarnummer: Z/56/2009

Die Schreibfeder von Danuta Brzosko-Mędryk dagegen erzählt uns eine andere Geschichte. Nachdem sie bereits wegen illegalen Schulbesuchs in Warschau im Gefängnis saß, wurde Danuta Brzosko-Mędryk im Januar 1943 in das Konzentrationslager Majdanek deportiert. Von dort aus gelangte sie über das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück im Juni 1944 schließlich in das KZ-Außenlager „HASAG Leipzig“. Dort tauschte sie ein Stück Brot gegen eine Schreibfeder ein. Mit dieser Feder schrieb sie Theaterstücke auf, die auf geheimen Veranstaltungen des „Bunkerkommandos“ – ein Zusammenschluss von polnischen Frauen, die heimlich Kulturveranstaltungen im Lager organisierten – aufgeführt wurden. Zusammen mit dieser Schreibfeder schickte Danuta Brzosko-Mędryk der Gedenkstätte bereits 2003 noch einige weitere Fotografien und Dokumente von sich und anderen Frauen, die zusammen mit ihr in Leipzig inhaftiert gewesen waren. Die Objekte und Berichte der Frauen helfen uns, die Lebensbedingungen im KZ-Außenlager zu rekonstruieren. Wir erfahren Namen und Biografien und können die erstaunliche Geschichte vermitteln, wie es den Gefangenen trotz der bedrohlichen und lebensfeindlichen Zustände, die im KZ-Außenlager herrschten, möglich war, Zusammenhalt zu finden, sich zu organisieren und gemeinsam geistigen Widerstand zu leisten.

Manchmal ist schon die bloße Existenz eines Objekts, beziehungsweise die Tatsache, dass es die Zeit überdauerte und den oft weiten, verschlungenen Weg in die Gedenkstätte gefunden hat, eine kleine Sensation. Das betrifft eben vor allem die Objekte aus dem Besitz ehemaliger KZ-Gefangener, von „Ostarbeitern“ und „Ostarbeiterinnen“ sowie Kriegsgefangenen. Und genau so, wie wir über existierende Objekte zu Erkenntnissen gelangen, können wir auch aus dem Fehlen von bestimmten Objekten Schlüsse ziehen.

Friederike Höntschi studiert Museologie in Leipzig und betreut seit Ende 2022 die Sammlung der Gedenkstätte. Das umfasst vor allem die Erfassung und Dokumentation neuer Objekte, sowie die Pflege des Bestandes im Ganzen, allen voran die sachgerechte Lagerung und das Bündeln aller relevanter Informationen.

Fragmente der Zwangsarbeit auf dem Rittergut Lützschena

Oliver Neef und Milan Spindler



Das Rittergut Lützschena um 1920
© SGM Leipzig/Paul Benndorf, Inv.-Nr. F/2604/2004

Der Name Sternburg ist seit vielen Jahren unmittelbar mit der Geschichte der Stadt Leipzig verbunden. So prägt nicht nur die Brauerei Sternburg das Stadtbild in Reudnitz, sondern auch im Stadtteil Lützschena ist die Familie Sternburg nicht wegzudenken. Dort übernahm Maximilian Speck von Sternburg im Jahr 1822 ein Rittergut und die dazugehörigen Ländereien. Folge dieses Erwerbs war letztlich nicht nur die Gründung der Sternburg-Brauerei, sondern auch der Aufbau eines großen und lukrativen Landwirtschaftsbetriebs.

Die Aufarbeitung der Geschichte der NS-Zwangsarbeit zeigt, dass ein großer Teil der ca. 13,5 Millionen Menschen, die zwischen 1939 und 1945 im Deutschen Reich zur Arbeit gezwungen waren, in der Landwirtschaft tätig waren. Diese stellt dabei den zeitlich ersten wirtschaftlichen Sektor dar, der Zwangsarbeiter:innen einsetzte.

Folglich war zu vermuten, dass auch auf dem Rittergut der Familie Speck von Sternburg im eher ländlich geprägten Lützschena ausländische Zwangsarbeiter:innen eingesetzt wurden. Innerhalb der Gedenkstätte gab es daher bereits seit geraumer Zeit das Interesse, die Geschichte des Ritterguts in Lützschena und den dort vermuteten Einsatz von Zwangsarbeiter:innen zu untersuchen. Anfang des Jahres 2024 bat die Stadt Leipzig schließlich offiziell darum, diese Geschichte aufzuarbeiten. Nach einem Treffen mit Wolf-Dietrich Speck von Sternburg, einer Mitarbeiterin des Kulturredernates und Mitarbeitenden der GfZL im März 2024 nahmen wir als freiberufliche Historiker aus dem Umfeld der Gedenkstätte die Recherche auf.

Orte der Recherche

Der gesamte Nachlass der Familie Speck von Sternburg befindet sich, öffentlich zugänglich, im Sächsischen Staatsarchiv Leipzig. Hierin wurden die Bestände für den Zeitraum 1939 – 1950 eingesehen. Zudem war es möglich, im Stadtarchiv Leipzig einige Unterlagen der lokalen Verwaltung während der Kriegszeit in Lützschena zu sichten.

Ergebnisse

Schon vor dem Kriegsbeginn 1939 waren polnische Landarbeiter:innen auf dem Rittergut tätig. Es ist zwar

nicht eindeutig zu sagen, um wie viele es sich dabei genau handelte, jedoch lassen sich auf jeden Fall drei Personen bestimmen. So bezeugt zum Beispiel ein Schreiben der Ritterguts-Verwaltung vom 28. Mai 1940, dass ein polnischer Landarbeiter von der Kennzeichnung, der alle polnischen Arbeiter unterlagen, befreit werden möchte. Er beschreibt dabei, dass er bereits viele Jahre in Deutschland sei und mit Polen nichts mehr zu tun habe. Die Verwaltung des Ritterguts unterstützte ihn bei diesem Vorhaben und bezeugt in dem Schreiben sein positives Auftreten und seinen Wert für den Betrieb.¹

1939 bis Frühjahr 1942

Zwischen 1939 und 1942 waren mindestens zwölf polnische Arbeiter:innen auf dem Rittergut tätig. Diese konkrete Zahl ist einem Schreiben der Gemeindepolizei Lützschena vom 19. September 1941 zu entnehmen, in dem insgesamt 178 Kriegsgefangene und ausländische Arbeiter:innen in der Gemeinde gelistet sind. Anhand der genauen Dokumentation der Arbeitsorte und Unterbringungen lassen sich eben besagte zwölf polnische Arbeiter:innen dem Rittergut zuordnen. Ebenso geht aus dem Schreiben hervor, dass diese auch auf dem Rittergut untergebracht waren.²

Diese Zahl wird durch diverse Akten aus den Jahren 1939 bis 1940 bestätigt. Aus insgesamt elf gefundenen „Aufenthaltsanzeige[n] für Arbeitskräfte polnischen Volkstums“ gehen deren Namen und Daten der Einstellung hervor. Zwei der dokumentierten Arbeiter:innen befanden sich nach den Daten bereits seit April 1928 auf dem Rittergut. Alle anderen sind zwischen 1939 und 1941 datiert. Es bleibt jedoch unklar, unter welchen Umständen sie dorthin gelangten.

Belegt hingegen ist, dass die polnischen Arbeiter:innen, unabhängig der Umstände ihrer Ankunft, besonderen Regulierungen und Restriktionen unterlagen. Ein Erlass der Stadt Leipzig vom Februar 1940 machte strikte Richtlinien und Regeln für den Umgang mit polnischen Arbeiter:innen geltend. Die Regulierungen verboten unter anderem, sich außerhalb der Arbeit frei zu bewegen, das unerlaubte Verlassen des Wohnortes sowie den Besuch von Gaststätten und Kulturveranstaltungen. Außerdem

wurde in dem Erlass der unbedingte Gehorsam gegenüber dem Arbeitgebenden festgelegt.³ So ist es also durchaus möglich, dass die Arbeiter:innen mehr oder weniger freiwillig nach Leipzig kamen, jedoch waren sie in der Folge keineswegs frei und unterlagen strikten Regulierungen.

1942

Im Verlauf des Jahres 1942 ist ein Anstieg der eingesetzten Polinnen und Polen auf dem Rittergut zu beobachten. So sind bereits im Mai 1942 die Namen und Wohnorte von 26 Arbeiter:innen festgehalten, die nun nicht mehr ausschließlich auf dem Rittergut untergebracht waren. Da unter den vermerkten Adressen auch Arbeiter:innen anderer Betriebe gemeldet waren, ist davon auszugehen, dass es sich dabei um Sammelunterkünfte für ausländische Arbeiter:innen handelte.

Über die tatsächlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen für polnische Arbeiter:innen auf dem Rittergut lässt sich nahezu nichts sagen. Klar wird jedoch deren deutlich niedrigere Stellung gegenüber deutschen Arbeitskräften. Einerseits durch die klaren Regulierungen seitens der Stadt Leipzig. Andererseits beschreibt ein Schreiben von Ilse Freifrau Speck von Sternburg an den Reichstreuhand der Arbeit, dass der damalige Betriebsführer Wanner den Einsatz „billiger polnischer Arbeitskräfte“ als Drohung gegen die deutschen Arbeiter:innen nutzte.⁴

1943 bis 1945

Für die letzten Kriegsjahre fehlt es leider an aussagekräftigen Dokumenten. Mindestens aber die bereits vermerkten polnischen Arbeiter:innen verblieben auf dem Rittergut.

Nachkriegszeit

Zwei Dokumente aus der Nachkriegszeit sind an dieser Stelle noch zu erwähnen. Zum einen geht aus einem Schreiben des Bürgermeisters von Lützschena, Willy Pietzsch, im August 1945 hervor, dass im gesamten Gemeindebezirk Lützschena-Stahmeln keine Häftlinge durch die Gestapo oder SS ermordet wurden.⁵

Zum anderen berichtet er in einem weiteren Schreiben darüber, dass die polnischen Landarbeiter:innen des Ritterguts das Landgut und die Baronesse freiwillig vor Plünderungen schützten.⁶ Es ist dabei unklar, ob es sich dabei um alle polnischen Arbeiter:innen handelte, oder nur einige wenige. Dennoch sprechen die Beschreibungen dafür, dass die von der Familie Speck von Sternburg auf dem Rittergut eingesetzten polnischen Arbeiter:innen vergleichsweise gut behandelt wurden.

Fazit

Aufgrund der eher spärlichen Quellenlage lassen sich kaum absolute Aussagen über den Einsatz von Zwangsarbeiter:innen auf dem Rittergut der Familie Speck von Sternburg in Lützschena treffen. Außer den oben erwähnten polnischen Landarbeiter:innen finden sich keine konkreten Angaben zu anderen Nationalitäten, weiteren Personen oder ihren Arbeitsbedingungen. Obwohl nicht eindeutig zu sagen ist, unter welchen Umständen die polnischen Landarbeiter:innen zu ihrer Arbeit auf dem Rittergut kamen, steht fest, dass sie von den rassistischen Gesetzgebungen der nationalsozialistischen Regierung betroffen waren. Extreme Einschränkungen in Freiheit und Arbeit betrafen also auch das Rittergut in Lützschena. Aussagen, wie die des Herrn Wanner in Bezug auf das Ersetzen deutscher Arbeiter:innen durch

polnische, weisen zudem darauf hin, dass er sich durchaus über die finanziellen Profite durch die Ausbeutung ausländischer Zwangsarbeiter:innen bewusst war. Dies lässt vermuten, dass auch die Verwaltung des Ritterguts, wie etliche andere deutsche Betriebe, durch den Einsatz von ausländischen Landarbeiter:innen profitiert hat. Diesbezüglich finden sich zwar keine konkreten Zahlen, doch das Vorgehen von Herrn Wanner, sowie die Auflagen für die Polen und Polinnen in Lützschena bestätigen deren deutlich untergeordnete Stellung innerhalb des Betriebes. Dennoch wurde das Rittergut nach dem Krieg freiwillig von den polnischen Landarbeiter:innen vor Plünderungen geschützt. Trotz der deutlich untergeordneten Stellung der polnischen Arbeiter:innen bleibt daher die Vermutung bestehen, dass diese von Seiten der Gutsverwaltung eine verhältnismäßig gute Behandlung erfuhren.

Die Recherche hat letztlich dazu beitragen können, die Geschichte des Ritterguts der Familie Speck von Sternburg etwas genauer darzustellen, wobei es vermutlich immer noch möglich wäre, weitere, umfangreichere Recherchen anzustellen. Zudem war es möglich, durch die Sichtung der verschiedenen Akten essenzielle Aspekte der Geschichte Lützschenas zu ergänzen. So konnten einige bereits bekannte Orte, die in der digitalen Karte der Gedenkstätte gelistet sind, ergänzt und genauer definiert werden.

Oliver Neef ist freiberuflicher Historiker und Teil des Vorstands des Trägervereins der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig.

Milan Spindler ist Mitarbeiter der Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain und der Universität Köln. Er ist zudem Teil des Vorstands des Trägervereins der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig.

- 1 Vgl.: Schreiben von der Rittergutsverwaltung an den Bürgermeister von Lützschena vom 28. Mai 1940, in: Stadtarchiv Leipzig, GR Lützschena Nr. 44 (vor 1945), Blatt 77.
- 2 Vgl.: Tagebuch Nr. A 307/41 der Gemeindepolizei Lützschena vom 19. September 1941, in: Stadtarchiv Leipzig, GR Lützschena, Nr. 33 (vor 1945), Blatt 38.
- 3 Vgl.: Bekanntmachung des Leipziger Landrates vom 7. Februar 1940, in: Stadtarchiv Leipzig, GR Lützschena, Nr. 44 (vor 1945), Blatt 61, 62.
- 4 Vgl.: Schreiben von Ilse Freifrau Speck von Sternburg an den Reichstreuhand der Arbeit vom 14. Mai 1942, in: SächsStAL, 22382, Familienarchiv Speck von Sternburg, Blatt 135–139.
- 5 Vgl.: Schreiben vom Bürgermeister von Lützschena an den Landrat Markkleeberg vom 27. August 1945, in: Stadtarchiv Leipzig, Gemeinde Lützschena, Nr. 21 (nach 1945), Blatt 85.
- 6 Vgl.: Bericht von Willy Pietzsch: „Die Schicksalswende unserer Gemeinde. 6 Wochen Kommunalpolitik.“, in: SächsStAL, 20234, Kreistag / Kreisrat Leipzig, Nr. 651, S. 8.

Vor 80 Jahren – Italienische Militärinternierte werden in den Status ziviler Zwangs- arbeiter überführt

Anne Friebe und Milan Spindler

Hunderttausende von italienischen Soldaten wurden von der Wehrmacht nach der Kapitulation Italiens am 8. September 1943 gefangen genommen und mussten als sogenannte Italienische Militärinternierte (IMI) Zwangsarbeit im Deutschen Reich leisten.

Obwohl eigentlich Kriegsgefangene und daher mit den in der Genfer Konvention verbrieften Rechten versehen, wurden die circa 700.000 italienischen Soldaten von der deutschen Regierung zu „Italienischen Militärinternierten“ (IMI) erklärt und verloren in den Kriegsgefangenenlagern der Wehrmacht sowie während der darauf folgenden Zwangsarbeit jeglichen rechtlichen Schutz und Unterstützung durch das Internationale Rote Kreuz.

Fast alle der für die Wirtschaft im heutigen Sachsen bestimmten IMI trafen am Bahnhof Jacobsthal, heute ein Ortsteil der Gemeinde Zeithain, nahe Riesa, ein. Von dort wurden die Kranken und das medizinische Personal in das Kriegsgefangenenlager Zeithain aufgenommen, während die gesunden und arbeitsfähigen Gefangenen per Fußmarsch in das nur wenige Kilometer entfernt gelegene Stalag (Stamm lager) IV B Mühlberg kamen. Dort wurden sie registriert, und es erfolgte schließlich die Verteilung der Gefangenen auf Arbeitskommandos.

Der 27-jährige Soldat Michele Riggi war am 9. September 1943 in Griechenland von der Wehrmacht gefangen genommen und in das Stalag IV B Mühlberg gebracht worden. Von dort wurde er im Juni 1944 nach Leipzig gebracht, wo er Zwangsarbeit bei der Firma Rudolph Sack leisten musste.

In der Zwangsarbeit waren die IMI einer harten Leistungsernährung ausgesetzt, welche fehlende Arbeitskraft gnadenlos bestrafte, und sie wurden gegen internationales Recht besonders oft in kriegswichtigen Bereichen, wie der Rüstungsindustrie und dem Bergbau als Zwangsarbeiter eingesetzt. Die Schaffung dieses Sonderstatus des „Militärinternierten“ war in ihrer Konsequenz nichts anderes als eine verschärfte, nicht völkerrechtskonforme Kriegsgefangenschaft und eine Bestrafung der „verräterischen Italiener“, welche auf Adolf Hitlers direkten Befehl geschah. Der Alltag der IMI in der Zwangsarbeit war von einem Teufelskreis harter Arbeit, Hunger und Krankheit gezeichnet. Konnten Gefangene aufgrund von Krankheit weniger arbeiten, so erhielten sie weniger Nahrung und wurden wiederum schwächer. Dies führte zum Ausbruch von Seu-

chen, welche aufgrund fehlender medizinischer Versorgung schnell tödlich enden konnten. Tausende IMI verstarben aufgrund der Folgen von Hunger, Arbeit und Krankheit, oft an der von den Gefangenen gefürchteten Tuberkulose.

Michele Riggi wurde als Hilfsarbeiter in der firmeneigenen Schmiede beschäftigt. Die Landmaschinenfabrik von Rudolph Sack auf dem heutigen „Jahrtausendfeld“ an der Karl-Heine-Straße stellte ab Ende der 1930er Jahre vor allem Maschinengewehr-Wagen, Kabeltrommeln, Grabenpflüge und Hülsen für Bomben und Granaten her. Ab 1941 beschäftigte die Firma ausländische, zivile Zwangsarbeiter:innen und Kriegsgefangene und errichtete mindestens 13 Lager zu deren Unterbringung. Die Zahl der Zwangsarbeiter:innen stieg bis Kriegsende auf über 3.000. Ihre durchschnittliche Wochenarbeitszeit betrug 68 Stunden.

Ein wichtiger Einschnitt während der Gefangenschaft war der Übergang der Gefangenen vom Militärinternierten in den Status von zivilen Zwangsarbeiter:innen. Dieser erfolgte vom 25. Juli bis zum 31. August 1944 und betraf einen Großteil der IMI in der Zwangsarbeit.

Der Statuswechsel der IMI wurde sowohl von Mussolini als auch von deutscher Seite befürwortet. Ersterer hatte die Hoffnung auf ihre Freilassung für eine neue italienische Armee aufgegeben und hoffte durch eine Normalisierung ihres Status zumindest eine Verbesserung des politischen Ansehens der Republik von Salò erreichen zu können. Letztere hofften durch flexiblere Verwendung und bessere Versorgung die Produktivität steigern und Personal bei der Überwachung einsparen zu können. Zudem hatte man eingesehen, dass die Leistungsernährung in den zurückliegenden Monaten katastrophale Auswirkungen auf die Arbeitskraft der IMI gehabt hatte.

Dieser Übergang in den Zivilstatus führte zunächst zu besseren Lebensbedingungen: Es gab weniger Kontrollen durch die Bewacher und eine freiere Bewegung der früheren Militärinternierten auch außerhalb der Lager. Dies, zusammen mit der einsetzenden Bezahlung in Reichsmark, ermöglichte einen Zugang zum Schwarzmarkt, wel-



↖ Passbild von Michele Riggi, aus seinem „Fremdenpass“ vom Oktober 1944 © Familie Riggi

Personalkarte III: Einlass auf Arb.-Kommando		Verwaltung der Gefangenschaft Nr. 281334		Buchstabe (Gefangenschafts-Nr.) Ri	
Kriegsgefangenenlager:		Lager:		NB	
Ort Kriegsgefangenen	Name:	Riggi, Michele			
	Vorname:	Michele			
	Geburtsdatum und -ort:	8. 12. 16			
	Religion:	kath.			
		Staatsangehörigkeit:		Italiener	
		Dienstgrad:		Soldat	
		Hilfsberuf:		Kraftwagenführer	
		Grad der Arbeitsfähigkeit:		guter	
Kommandos					
Datum	Art des Kommandos				Abfahrts-Datum
26.6.44	Leipzig, Sack, Lg. 237.				K.O. Leipzig-West
29.8.44	entlassen in Zivilgem. Ver.				
	O.K.W. 21.24.18y Chef Kpt. Allgem. VI				
	Org. II/b/Allgem IV Q5777/44. v.12.8.44				
	Arb.-Kdo. R Sack Leipzig				

† Personalkarte III aus dem Kriegsgefangenenlager IV B Mühlberg – „29.8.1944 entlassen in Zivil“
© Arolsen Archives, 7.5.7/121784848



† Hochzeit von Michele Riggi 1950 © Familie Riggi

cher für viele Italiener überlebenswichtig wurde. Nicht zuletzt lebten sie nun in firmeneigenen Gemeinschaftslagern, die nicht mehr der Wehrmacht unterstanden.

Trotz dieser erwartbaren Verbesserungen protestierten viele IMI gegen den Wechsel in den Zivilstatus. Sie befürchteten durch den Wechsel nach ihrer Rückkehr in den Verdacht der Kollaboration mit den Deutschen zugehört zu sein. Zudem hielten sie Misstrauen und Feindschaft gegenüber den Deutschen zunächst zurück ihre Entlassung zu unterschreiben.

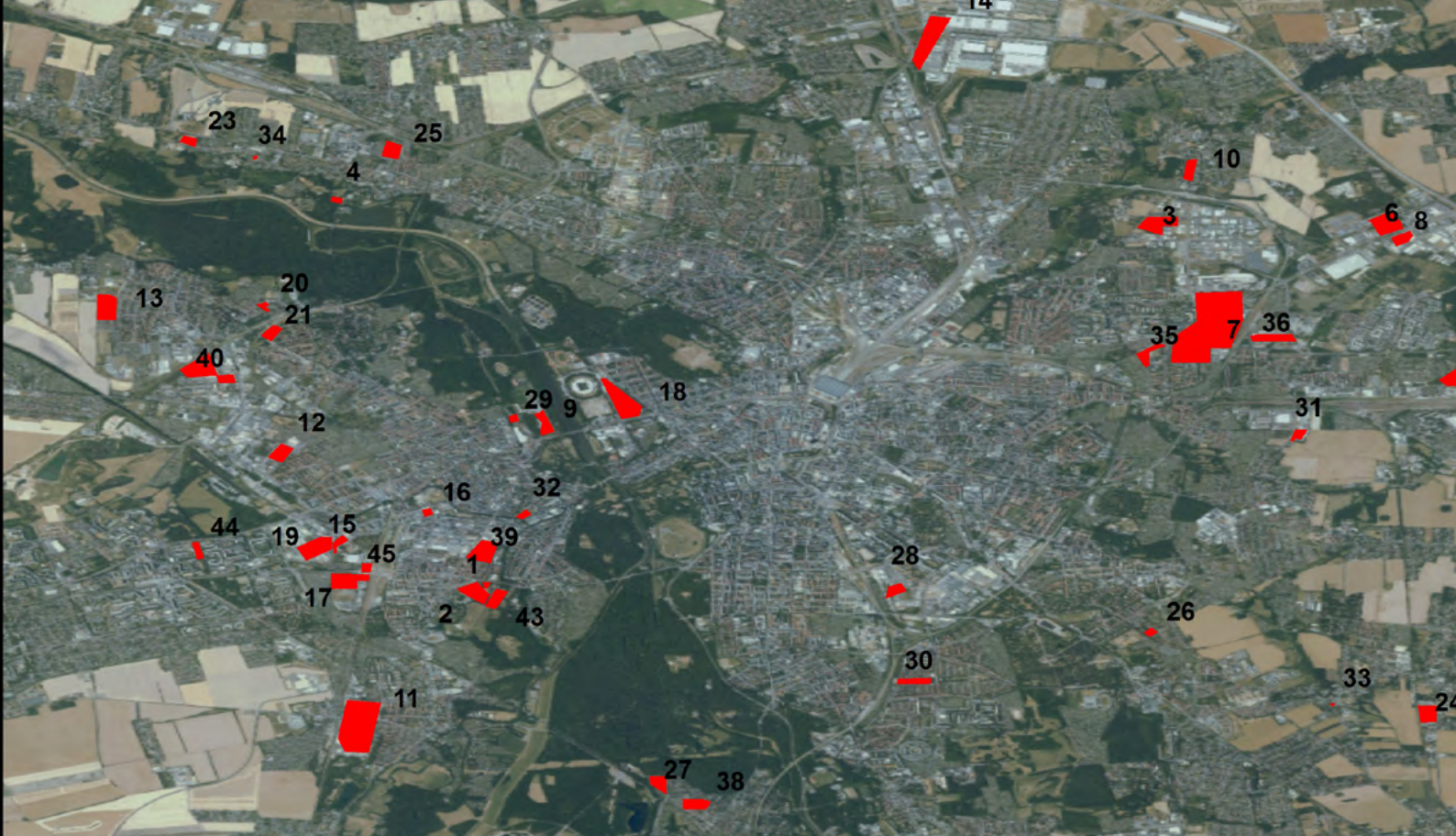
Michele Riggi zog mit den anderen 89 Italienern Anfang September 1944 in das Lager „Wetterecke“ (heute ein Bio-Supermarkt auf der Karl-Heine-Straße) um. In den monatlichen Berichten des Lagerführers kommt zum Ausdruck, wie katastrophal die Bedingungen dort waren: „Die ehemaligen Internierten sind in einem ganz schlechten Zustand [...] ins Zivil übernommen worden“, schrieb er im Oktober 1944¹. Vor allem mangelte es an Kleidung, und die regelmäßigen Belehrungen, dass Wildern, Schlingenlegen und Schleichhandel verboten seien, deuten auf eine unzureichende Lebensmittelversorgung hin.

Nach der Befreiung im April 1945 kehrte Michele Riggi nach Sizilien zurück, wo ihn seine Familie schon für tot gehalten hatte. Mit seinen Brüdern arbeitete er zunächst in der Landwirtschaft, bis er eine Arbeitsstelle in den sizilianischen Schwefelbergwerken annahm. Dort arbeitete er bis zu seiner Pensionierung in den 1970er Jahren. 2016 wurde er mit der Ehrenmedaille der italienischen Republik ausgezeichnet.

Anne Friebe ist Mitarbeiterin der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig im Bereich Anfragen/ Recherche und Öffentlichkeitsarbeit.

Milan Spindler ist Mitarbeiter der Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain und der Universität Köln. Er ist zudem Teil des Vorstands des Trägervereins der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig.

¹ Monatsbericht des Lagerführers für Oktober 1944, an die Deutsche Arbeitsfront, in: SächsStAL, 20793 Rud. Sack, Landmaschinenbau, Leipzig, Nr. 385, Bl. 20.



1 Vom Autor erstelltes GIS mit Informationen über 63 Leipziger NS-Zwangslager © Gonzalo Compañy

Verortung und Vermittlung – Zu einer Archäologie der NS-Zwangslager in Leipzig

Gonzalo Compañy

Dass über Leipzig während der NS-Zeit ein Netz von Zwangslagern gespannt wurde, ist aufgrund historio-graphischer Forschungen und Zeitzeug:innenaussagen mittlerweile hinreichend bekannt.¹ Mit der digitalen Karte der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig (GfZL)² ist es gelungen, dieses Netzwerk sichtbar und für eine breite Öffentlichkeit zugänglich zu machen. In Verbindung mit Bildungsangeboten wie den Stadteiltrundgängen zum Thema NS-Zwangsarbeit³, trägt die Gedenkstätte zudem dazu bei, nicht nur die Geschichtsaufarbeitung zu fördern, sondern auch die Stadtlandschaft zu hinterfragen.

Die Archäologie als Disziplin, die sich auf die Dokumentation materieller Spuren spezialisiert hat, entwickelte Feldmethoden, um aus der Untersuchung materieller Hinterlassenschaften Informationen zu gewinnen. Selbst wenn andere Forschungsquellen zu einer genaueren Interpretation der archäologischen Kontexte führen können, dürfen archäologische Informationen nicht darauf beschränkt werden, bereits erforschte Ereignisse zu illustrieren: Verschiedene Quellengattungen tragen unterschiedliche Erkenntnisse bei.⁴ Die sogenannte Archäologie der NS-Zwangslager⁵ ergänzt die Perspektive der geschichtswissenschaftlichen Forschung – und kann Informationen, die eine Neuauslegung der Quellen ermöglichen, liefern.

Archäologische Forschungen sowohl in Deutschland als auch in anderen Ländern haben gezeigt, wie gewinnbringend es sein kann, Orte der jüngeren Geschichte archäologisch zu untersuchen.⁶ Das ist gerade bei der Auseinandersetzung mit Gewaltszenarien von besonderer Relevanz, da dabei sowohl die dokumentarische Aufzeichnung als auch die persönliche Erinnerung, die sie hervorruft, besonders konditioniert sind: einerseits spiegeln die von der damaligen Bürokratie erstellten Unterlagen die Lebensbedingungen der Opfer nicht besonders getreu wider, andererseits neigt das Gedächtnis der Überlebenden dazu, bestimmte Aspekte im Zusammenhang mit außergewöhnlichen Ereignissen selektiv in Erinnerung zu rufen.

Während die Archäologie der NS-Zwangslager in Sachsen noch am Anfang steht, wird sie in mehreren Bundesländern seit nahezu vier Jahrzehnten praktiziert. Nachdem 1986 erstmals ein ehemaliges NS-Zwangslager in Deutschland, am heutigen Ort der Topographie des Terrors in Berlin-Kreuzberg, archäologisch erfasst wurde, fanden Untersuchungen an zahlreichen Fundstellen Deutschlands statt. Für den Großraum Leipzig kontrastiert die dort hohe Anzahl von Zwangslagern drastisch mit deren fehlender archäologischer Untersuchung. Das ist umso problematischer, als gerade diese Region seit mehreren



Jahren ein rasantes Wachstum erlebt und viele ehemalige Lagerstandorte bereits wieder bebaut wurden und künftig bebaut werden sollen.

Zum Forschungsprojekt

Die 2012 begonnene Forschung, die in eine im Herbst 2022 am Historischen Seminar der Universität Leipzig eingereichte Dissertation mündete⁷, leistet einen Beitrag, um diesem Bild entgegenzuwirken. Ziel war es zum einen, die Voraussetzungen für die zukünftige archäologische Erfas-

← Bauliche Entwicklung von ehemaligen Lagerarealen am Beispiel des „Elisabethlagers“, Junkers Flugzeug- und Motorenwerke AG (Leipzig-Plagwitz). Die gelben Linien zeigen den Standort einer Häftlingsbaracke an. Satelliten-aufnahmen 1990, 2017 und 2019 © Amt für Geoinformation und Bodenordnung der Stadt Leipzig
Exzerpt aus dem Grundriss 12.1944, SächsStAL, 20925, Kammgarnspinnerei-Stöhr, 272.

sung ehemaliger NS-Zwangslager im Großraum Leipzig zu schaffen. Zum anderen sollte der Bodendenkmalschutz über die archäologische Bedeutung der ehemaligen Areale aufmerksam gemacht werden, um somit die unwissentliche Zerstörung der archäologischen Informationen an diesen Standorten stoppen zu können. Demzufolge wurde der im Folgenden beschriebene methodische Rahmen konzipiert, um topographische und andere bedeutende Informationen über die ehemaligen NS-Zwangslagerstandorte zu gewinnen.

- Die Archivforschung zielte darauf ab, Hinweise zur Lagertopographie und zum Standort zu erhalten. Die herangezogenen Primärquellen setzen sich aus Bau- und Lageplänen der Lager, historischen Luftaufnahmen, Satellitenaufnahmen und Katasterkarten zusammen.
- Nach der Digitalisierung des gesichteten Materials erfolgte eine Fernerkundung, um die ehemaligen Lagerareale im aktuellen Stadtplan zu verorten.
- Die genaue Lokalisierung der Lagerstandorte ermöglichte eine Besichtigung der Areale.

Hauptergebnisse

In den besuchten Archiven⁸ konnten Grundrisse von insgesamt 55 NS-Zwangslagern recherchiert werden. Eine auf dieser Datengrundlage durchgeführte Fernerkundung ermöglichte die genaue Verortung der Lagepläne. Durch die zusätzliche Auswertung von historischen Luftbildern konnten Grundrisse von acht weiteren Zwangslagern ermittelt werden. Von den insgesamt mittels der Archivforschung festgestellten 663 NS-Zwangslagern konnten 63 Standorte georeferenziert⁹ und erstmalig zusammengetragen werden. Selbst wenn das erstellte geographische Informationssystem (GIS) vorerst lediglich einen Teil der gesamten Zwangslagerareale abdeckt, ergänzt es die umfassendere GfZL-Karte insofern, als dabei Informationen geliefert werden, die eine genaue Lokalisierung der Lagerareale ermöglichen – und somit ihren (boden)denkmalpflegerischen Schutz begünstigen.

Die Verortung der NS-Zwangslager ermöglichte des Weiteren einen Abgleich der Daten mit weiteren graphischen Dokumenten, z.B. Satellitenaufnahmen aus verschiedenen Zeitspannen, zusätzlichen Bau- und Lageplänen und Aufklärungsbildern. Mit vorhandenen Bauplänen konnten zudem Informationen über die bauliche Entwicklung der Lager ergänzt werden. Außerdem lieferte die Fernerkundung Antworten auf die Frage nach dem Erhaltungszustand und dem archäologischen Potenzial der Lagerareale. Durch die Auswertung der Satellitenaufnahmen und der Luftbilder konnten Veränderungen in der Landschaft und insbesondere Zerstörungs- und Bauprozesse zeitlich eingeordnet werden. Bis 1990 ließen sich Störungen¹⁰ an 38 ehemaligen Lagerarealen beobachten, wohingegen zwischen 1990 und 2019 Störungen an 48 Lagerstandorten entstanden sind. Von den übrigen 25 Arealen, die bis 1990 keiner wesentlichen Störung unterlagen, wurden bis 2019 zehn in unterschiedlichem Grad wiederbebaut. Im konkreten Fall der Baracken und anderen Unterbringungs-





† Unwissentliche Zerstörung von archäologischen Informationen an ehemaligen NS-Zwangslagerstandorten durch Bauarbeiten am Beispiel des „Elisabethlagers“, Junkers Flugzeug- und Motorenwerke AG (Leipzig-Plagwitz), März 2019
© Gonzalo Compañy

standorten kam es zwischen 1990 und 2019 an 13 Lagerstandorten zum Abriss. Insgesamt zeichnete sich ab, dass die meisten Störungen erst nach 1990 aufgetreten sind.

Die Fernerkundung wurde anschließend durch eine Begehung der Lagerareale ergänzt. Auf diese Weise konnten aus der Luft schwer erkennbare Details identifiziert und grafisch dargestellt sowie mögliche Auswirkungen von Störungen überprüft werden. Zusammenfassend lässt sich aufgrund der bis einschließlich 2021 vorliegenden Daten

festhalten, dass der Erhaltungszustand an 15 Lagerstandorten gut ist – das heißt, dass keine Störungen in Form von Bebauungen vorliegen. In den übrigen 48 Arealen wurde das Vorhandensein von Störungen unterschiedlich eingestuft. Darüber hinaus ermöglichten die Begehungen der Areale die Dokumentation von materiellen Hinterlassenschaften, die mit der Nutzung der Orte in Verbindung stehen könnten. Sowohl das erstellte GIS mit Informationen über 63 NS-Zwangslager als auch die übrigen Ergebnisse der Forschung wurden vom Autor dem Landesamt für Archäologie Sachsen (LfA Sachsen) zur Verfügung gestellt.

Schlussbemerkungen

Wenngleich die Publikation des Forschungsprojekts noch aussteht, haben seine Ergebnisse bereits zu dessen Hauptziel beigetragen: einen wissenschaftlich fundierten Ausgangspunkt für die dauerhafte Unterschutzstellung der Orte bereitzustellen. Informationen über die Lager-topographie ermöglichten es 2022, drohende Eingriffe in die Bodensubstanz in einem der ehemaligen Lagerareale zu erkennen und das LfA rechtzeitig zu informieren. Dies und die Bereitstellung des Kartenmaterials führte anschließend zur ersten archäologischen Grabung an der Stelle eines NS-Zwangslagers in Leipzig¹¹ durch das LfA, der zweiten Untersuchung eines NS-Zwangslagers im gesamten Bundesland Sachsen¹².

Damit soll deutlich gemacht werden, dass die Aufnahme der Areale als Bodendenkmäler beziehungsweise als „Verdachtsstellen“ zur Sicherung von archäologischen Informationen führt. Die fortlaufende Aktualisierung der Denkmallisten ermöglicht es, die unwissentliche Zerstörung von archäologischen Hinweisen auf die ehemaligen NS-Zwangslager zu stoppen, diese genauer zu erfassen, zu graben und bestenfalls Objekte und Informationen zu Tage zu fördern, die die ohnehin lückenhafte Quellenlage verbessern könnten. Die denkmalpflegerische Berücksichtigung der ehemaligen Lagerareale stellt keine Bremse für die Stadtentwicklung dar. Die Aktivität der Baubranche ist nicht der unwissentlichen Zerstörung von archäologischen Informationen gleichzusetzen – sondern sie kann im Gegenteil ein Katalysator für die Archäologie der NS-Zwangslager sein.

Die ersten Erfolge im Hinblick auf die oben erläuterte Erfassung geben Hoffnung, dass auch in den kommenden Jahren auf Grundlage der genannten Ergebnisse weitere archäologische Erfassungen durchgeführt werden. Darüber hinaus soll das methodische Konstrukt der beschriebenen Forschung zukünftige Untersuchungen zur Verortung weiterer NS-Zwangslagerstandorte im Großraum Leipzig und ganz Sachsen inspirieren.

Gonzalo Compañy ist ein Archäologe, der sich auf die Zeitgeschichtliche Archäologie spezialisiert hat. Seit 2002 erforscht er ehemalige Zwangslager und materielle Hinterlassenschaften von Krieg und staatlicher Gewalt in Deutschland, Spanien und Argentinien.

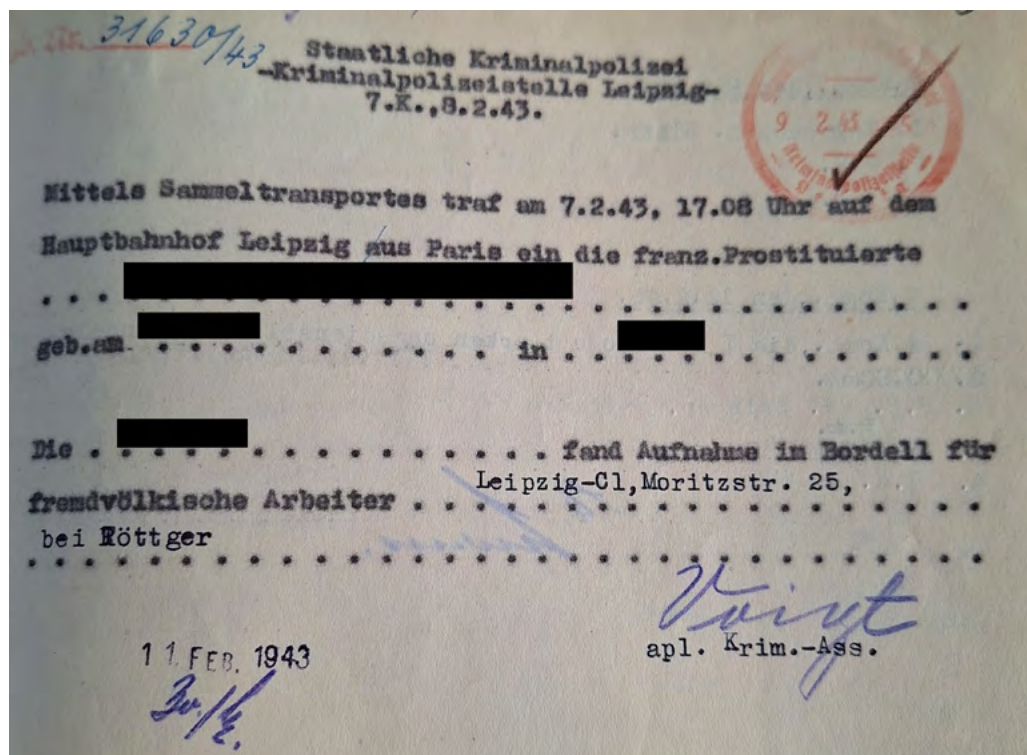


- 1 Vgl.: Brenner, Hans/Heidrich, Wolfgang/Müller, Klaus-Dieter et al (Hrsg.): NS-Terror und Verfolgung in Sachsen. Von den Frühen Konzentrationslagern bis zu den Todesmärschen, Dresden 2018; Fickenwirth, Thomas/Horn, Birgit/Kurzweg, Christian: Fremd- und Zwangsarbeit im Raum Leipzig 1939–1945, Archivalisches Spezialinventar, Leipziger Kalender, Sonderband 1, Leipzig 2004.
- 2 <https://www.zwangsarbeit-in-leipzig.de/karte> [letzter Aufruf 06.09.2024]
- 3 <https://www.zwangsarbeit-in-leipzig.de/de/zwangsarbeit-in-leipzig/bildungsangebote/stadtteilrundgaenge> [letzter Aufruf 06.09.2024]
- 4 Vgl.: Theune, Claudia: Archäologie an Tatorten des 20. Jahrhunderts, Darmstadt 2014, S. 18 ff.
- 5 Vgl.: Haubold-Stolle, Juliane/Kersting, Thomas/Theune, Claudia et al. (Hrsg.): Ausgeschlossen. Archäologie der Zwangslager, Ausstellungskatalog – Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit, Berlin 2020; Kersting, Thomas: Lagerland – Archäologie der Zwangslager des 20. Jahrhunderts in Brandenburg, Berlin 2022.
- 6 Vgl.: González-Ruibal, Alfredo: An Archaeology of the Contemporary Era, London 2019; Theune, Claudia: A Shadow of War – Archaeological approaches to uncovering the darker sides of conflict from the 20th century, Leiden 2018; Buchli, Victor/Lucas, Gavin (Hrsg.): Archaeologies of the contemporary past, London 2001.
- 7 Compañy, Gonzalo: Zur Zeitgeschichtlichen Archäologie in Deutschland. Materielle Hinterlassenschaften der NS-Zeit und des Zweiten Weltkrieges mit Fokus auf NS-Zwangslager im Großraum Leipzig (Dissertation an der Universität Leipzig 2022, unveröffentlicht).
- 8 Gesichtet wurden die Archivbestände der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig (GfZL), des Stadtarchivs Leipzig (StAL) und des Sächsischen Staatsarchivs Leipzig (SächsStAL).
- 9 Die Georeferenzierung – auch Verortung genannt – bezieht sich auf die Zuweisung von Koordinaten in digitalen Kartendarstellungen zu einem Datensatz.
- 10 Dieser Begriff bezeichnet in Archäologie die Entstehung von nachträglichen Veränderungen am Boden, wie beispielsweise den Bau von Straßen und Gebäuden etc.
- 11 Vgl.: Oehlert, Mirko/Schmalfuß, Germo/Hock, Hans-Peter/Stäuble, Harald: „Ausgrabungen an der Capastraße in Leipzig – Archäologische Spurensuche nach einem NS-Zwangslager“, in: Archæo, Teil 20, Dresden 2023, S. 44–53.
- 12 Die erste Untersuchung materieller Überreste eines ehemaligen NS-Zwangslagers in Sachsen, des Stalag 304 (IV H), wurde 2003 von der Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain (bei Riesa, Lkr. Meißen) beauftragt.

Sex-Zwangsarbeit im Nationalsozialismus

Amelie Bartz

➤ Ankunft einer französischen Sex-Zwangsarbeiterin in Leipzig, 7.2.1943 © SächsStAL, 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-S 5611.



Befasst man sich mit Sex-Zwangsarbeit im Nationalsozialismus, so ist schnell erkenntlich, dass es sich um ein komplexes und vielschichtiges Thema handelt, das lange Zeit auch in der deutschen Erinnerungskultur und (Holocaust-) Forschung unbeachtet blieb.¹ Auch in Leipzig und Umgebung gab es sogenannte Fremdarbeiterbordelle², in denen Frauen Sex-Zwangsarbeit ausüben mussten. Dabei soll der Begriff der *Sex-Zwangsarbeit* den Zwangscharakter unterstreichen und zugleich die Forderung nach Anerkennung dieser Opfergruppe hervorheben.³

In der nationalsozialistischen Ideologie waren Geschlecht, Sexualmoral, Rassenideologie, sowie „Eugenik“ und Volksgedanke stark miteinander verknüpft. Dies zeigt sich, auch wenn man auf den geplanten „Einsatz“ von „Fremdarbeiterbordellen“ blickt.⁴

In der Gesamtgesellschaft wurde Prostitution von den Nationalsozialisten als „erbsündiges Verhalten“ angesehen, „prostitutionsverdächtige“ Frauen verfolgt und oftmals als „Asoziale“ in Konzentrationslager verschleppt. Um so perfider ist die Tatsache, dass Sex-Zwangsarbeit eingesetzt wurde, um das System der Zwangsarbeit außerhalb und innerhalb von Konzentrationslagern „produktiver“ zu gestalten.⁵

Gesetzliche und gesellschaftliche Grundlagen

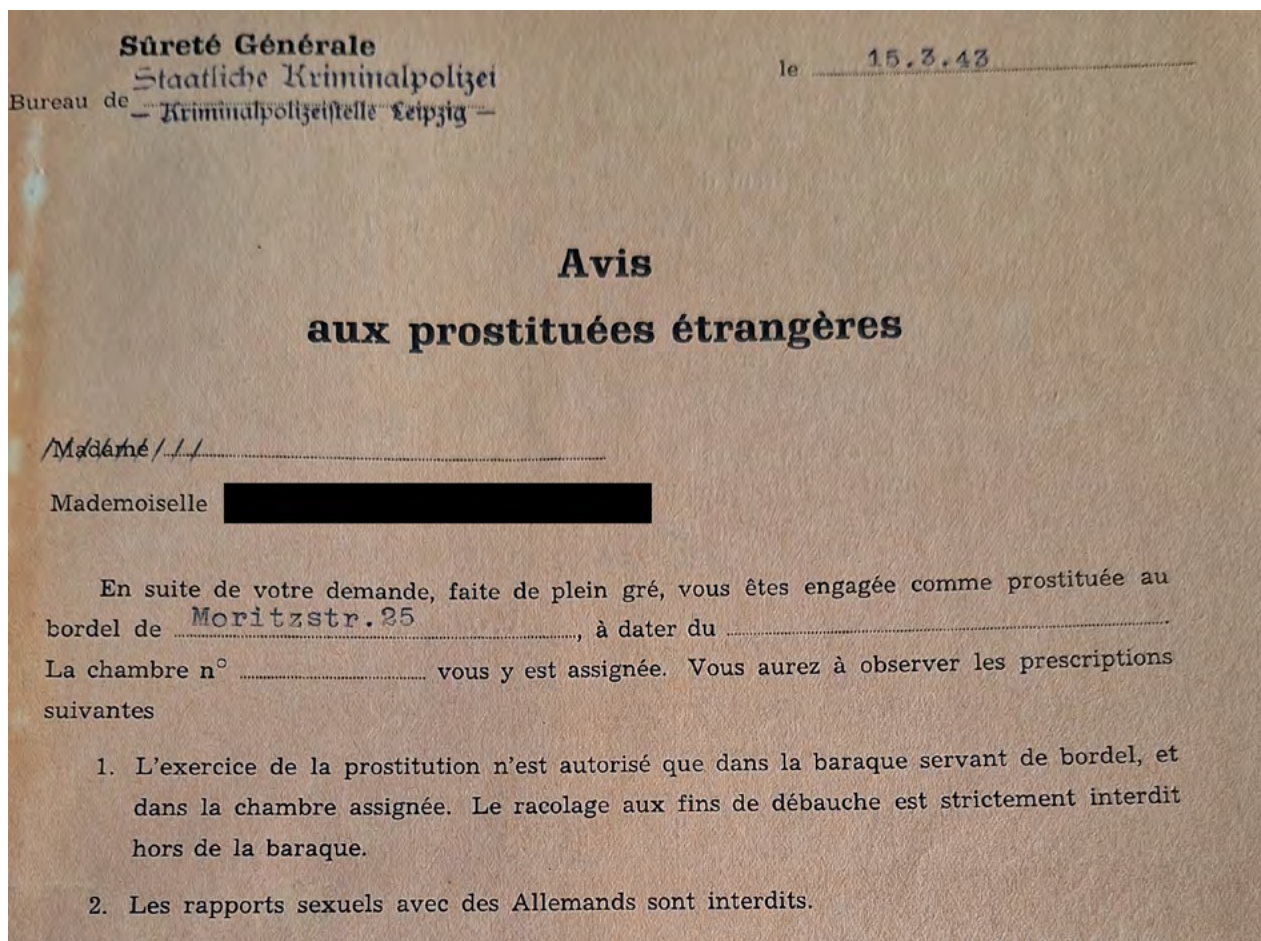
Die nationalsozialistische Ideologie beinhaltete eine spezifische und vor allem ideologisch zentrale Geschlechterordnung und -hierarchisierung. Diese Ideologie wurde mit der auf Charles Darwin zurückgehenden „Rassenhygiene“ und der „Eugenik“ verknüpft. Rassenideologie und

Eugenik ebenso wie die „Fortpflanzungshygiene“ führten gesellschaftliche Prozesse auf biologische Faktoren zurück.⁶ Bestimmte „Erbanlagen“ bestimmten die „Wertigkeit“ eines Menschen für die über dem oder der einzelnen stehenden „Volksgemeinschaft“⁷. Prostitution galt in diesem Weltbild als „erbsündiges Verhalten“ und wurde verboten und nach und nach die Verfolgung von Frauen, die der Prostitution verdächtig wurden, immer weiter verschärft.

„Fremdarbeiterbordelle“

Die rassenideologischen Denkmuster der Nationalsozialisten zeigten sich im Umgang mit Zwangsarbeiterinnen, die im Zuge der wirtschaftlichen Lage aus anderen Ländern unter falschen Versprechungen angeheuert oder verschleppt wurden. Verkehrten Zwangsarbeiter (sexuell) mit einer deutschen Frau, so drohte unter Umständen Todesstrafe.⁸ Der deutschen Frau drohte die öffentliche Diffamierung oder die Einweisung in ein Konzentrationslager.⁹

Für Zwangsarbeiter wurden daher aus rassenideologischen Gründen spezifische Bordelle eingerichtet. Dazu erschien 1939 ein Erlass des Reichsinnenministers Wilhelm Frick, in dem er die Planung und den Aufbau von Bordellen für „fremdvölkische Arbeiter“ anordnete. Dabei sollten diese zwar außerhalb geschlossener Ortschaften, aber in der Nähe der Zwangsarbeitslager liegen. Am 17. Januar 1940 befahl Himmler den Bau des ersten solchen Bordells. „Volkstum zu Volkstum“ war das leitende Prinzip, weshalb dort vornehmlich Französisinnen und Polinnen – auch aufgrund der einfachen Geldüberweisungen in die Herkunftsländer – arbeiten mussten.¹⁰ Zudem soll-



† „Hinweis an ausländische Prostituierte“ © SächsStAL, 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-S 5611.

ten die Bordelle nur für westeuropäische Zwangsarbeiter zugänglich sein, und als Prostituierte nur „fremdvölkische“ Frauen in Frage kommen. Doch nicht nur die Angst vor einer gefährdeten „Reinhaltung des deutschen Blutes“ bewegte die Nationalsozialisten zur Einführung von Bordellen, auch wirtschaftliche Interessen spielten eine Rolle; die Arbeitsleistung der Zwangsarbeiter sollte durch die Möglichkeit von Bordellbesuchen maximiert werden.¹¹

Im März 1941 wurde im Raum Leipzig die Einrichtung von fünf Bordellen mit insgesamt 75 Sex-Zwangsarbeiterinnen veranlasst. Die Bordelle befanden sich in der Leipziger Innenstadt (damals Moritzstraße 25 und 27, heute Nähe Otto-Schill-Straße), sowie im Zwangsarbeitslager der Metallguß GmbH „Hasenheide“ in Böhlitz-Ehrenberg, im Zwangsarbeitslager Pulgar der Braunkohle Benzin AG Böhlen, sowie in Espenhain im Zwangsarbeitslager der Aktiengesellschaft Sächsische Werke (ASW). Für diese wurden Frauen für eine Mindestzeit von 6 Monaten – welche nicht grundlos verkürzt werden durfte – durch die Kriminalpolizei in den jeweiligen Ländern „angeworben“.¹²

Die Häuser der Moritzstraße 25 und 27 wurden zuvor schon als Bordelle genutzt, sie waren unter den Namen „Der grüne Teufel“ und „Der graue Mops“ bekannt. Ab Oktober 1941 wurden sie nur noch als „Fremdarbeiterbordelle“ genutzt. Sechs polnische und sieben französische Sex-Zwangsarbeiterinnen waren dort zu Beginn tätig. Nicht geklärt ist, warum man diese Häuser in zentraler Lage wählte, denn bald kam es zu Beschwerden durch die Anwohner:innen.¹³ Beide Häuser wurden 1943 bei einem Luftangriff schwer beschädigt, sodass der Bordellbetrieb

nur noch eingeschränkt weitergeführt wurde. Heute ist der Standort der damaligen Häuser überbaut.

Betroffene Frauen

Mit Sammeltransporten kamen Frauen ab 1941 aus Polen, Frankreich, Tschechien, Belgien, Italien sowie der Slowakei nach Leipzig. Der „Bedarf“ wurde von der Kriminalpolizei nach der Anzahl der Zwangsarbeiter ermittelt. Auf 5.000 Arbeiter wurde 1941 eine Anzahl von 75 Sex-Zwangsarbeiterinnen berechnet.

In einem Schreiben der Sicherheitspolizei von Mai 1943 wird der Umgang mit Zwangsarbeiterinnen geregelt, die (laut Schreiben) „als Prostituierte auftreten“. Dabei war dieser stark abhängig von ihrer Arbeitsleistung. Wurde von Seiten des Arbeitgebers eine „Leistungsminderung“ berichtet, so sollten die Frauen der Polizei zugeführt und anschließend entweder in ein Konzentrationslager eingewiesen oder in ihre Heimat zurückgebracht werden.

Zwangsarbeiterinnen, bei denen festgestellt wurde, dass sie bereits in ihren Herkunftsländern „als Prostituierte tätig“ waren und ebenfalls „schlechte Arbeitsleistung“ erbrachten, sollten „in geeigneter Weise [befragt werden], ob sie gewillt sind, in ein Bordell für fremdvölkische Arbeiter einzutreten“.¹⁴ Diese vage Formulierung lässt nicht eindeutig klarstellen, wie diese vermeintliche „Befragung“ ablief und ob die anschließende Sex-Zwangsarbeit mit Gewalt oder Zwang durchgesetzt werden musste. Zudem ist ungeklärt, wie die Informationen über die vorherige Tätigkeit der Frau eingeholt wurden.

Jede Person wurde durch eine behördliche Akte mit Lichtbildausweis und Beschreibung ihres Aussehens ausgewiesen. Sie bekamen bei ihrer Ankunft ein Merkblatt ausgehändigt, das ihnen in ihrer Sprache Regeln und Verbote mitteilen sollte. Die Sex-Zwangsarbeiterinnen wohnten in den Bordellen und durften diese nur zu bestimmten Zeiten und nicht nach 19 Uhr verlassen. Das „Anwerben“ von Freien außerhalb der Bordelle war verboten. In Quellen werden Anträge auf Urlaube der Frauen erwähnt – diese durften jedoch erst nach einer Zeit von sechs Monaten und nur für zwei Wochen beantragt werden und mussten durch die Sicherheitspolizei genehmigt werden.

Die Frauen mussten sich regelmäßigen gynäkologischen Untersuchungen unterziehen. Dazu wurde vom Gesundheitsamt angeordnet, dass ein Arzt diese im Bordell durchzuführen hatte. Hier zeigt sich die stetige Zusammenarbeit zwischen Gesundheitsamt und Polizei. Die angeordneten Untersuchungen, ebenso wie die Unterkunft mussten die Frauen selbst bezahlen.

Im Vergleich zu anderen Zwangsarbeiter:innen hatten die Sex-Zwangsarbeiterinnen ein relativ hohes Einkommen. Oftmals waren sie bereits in ihren Herkunftsländern als Prostituierte tätig. Möglicherweise ist dies auch eine Erklärung dafür, dass es Belege für Anwerbungen der Frauen von anderen Frauen aus ihren Heimatländern sowie Gesuche um Rückkehr gibt. In welchem Kontext dies geschah, und ob die Frau gegebenenfalls Erleichterungen erhielt, ist nicht dokumentiert.

Zugleich hatten Sex-Zwangsarbeiterinnen jedoch äußerst harte Lebens- und Arbeitsbedingungen: 200-400 Freier im Monat waren die Regel. Über die psychische Belastung lässt sich nur mutmaßen. Dokumente belegen Schwangerschaften und Fehl- sowie Totgeburten.

Es gibt bisher eine geringe Studienlage zu der Thematik, insbesondere Zeitzeug:innen- und Erfahrungsberichte der Frauen sind kaum existent, da die Sex-Zwangsarbeit verpönt war und die Frauen stigmatisiert wurden. Die existierenden Quellen sind aus Täterperspektive, beispielsweise von Polizei oder Gesundheitsämtern, und damit geprägt von Auffassungen rassistisch segregativer Biopolitik. Der individuelle Grad der Freiwilligkeit lässt sich demnach kaum nachvollziehen. Diese bestehende Lücke in der Forschung und Aufarbeitung gilt es, nicht nur für Leipzig, zu schließen.

Amelie Bartz hat Philosophie und Erziehungswissenschaften studiert und schreibt aktuell ihre Abschlussarbeit zu Verfolgung und Verwahrung weiblicher Devianz durch die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt. Zudem entwickelt sie mit zwei weiteren Personen einen Stadtteilrundgang für die GfZL zum Thema „Geschlecht, Begehren und Sexualität“.

- 1 Schneider, Verena: Leidbilder. Sex-Zwangsarbeit in nationalsozialistischen Lagerbordellen in Erinnerung und Forschung, Hamburg 2017, S. 11.
- 2 Um über den Sachverhalt zu berichten ist es teilweise unumgänglich die Sprache und Begriffe der Täter:innen zu verwenden. Auch die Quellen zur Thematik stammen vornehmlich aus der Hand von Täter:innen.
- 3 Becker, Randi: Sexzwangsarbeit in KZ-Bordellen als Tabu in der Erinnerung?, in: Sans Phrase. Zeitschrift für Ideologiekritik, Heft 21, Freiburg 2023, S. 63.
- 4 In diesem Rahmen wurde Prostitution als heterosexuelle Prostitution verstanden, welche von einer Frau ausgeübt und von einem Mann aufgesucht wurde.
- 5 Sommer, Robert: Das KZ-Bordell: Sexuelle Zwangsarbeit in nationalsozialistischen Konzentrationslagern, Paderborn 3. Auflage 2022.
- 6 Alakus, Baris/Kniefacz, Katharina/Vorberg, Robert (Hrsg.): Sex-Zwangsarbeit in nationalsozialistischen Konzentrationslagern, Wien 2. Auflage 2007, S. 22.
- 7 Ebd.
- 8 Auch unter „Fremdarbeiterinnen“ und „Fremdarbeitern“ gab es für die Nationalsozialisten rassenideologische Unterschiede, weshalb diese dementsprechend unterschiedlich behandelt wurden.
- 9 Vgl.: Sommer, Robert: Zur Verfolgungsgeschichte „asozialer“ Frauen aus Lagerbordellen, in: Gedenkstätte Neuengamme (Hrsg.): Ausgegrenzt. „Asoziale“ und „Kriminelle“ im nationalsozialistischen Lagersystem. Beiträge Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, Nr. 11 Bremen 2009, S. 111–127.
- 10 Ebd.
- 11 Amesberger, Helga/Auer, Katrin/Halbmayer, Brigitte: Sexualisierte Gewalt. Weibliche Erfahrungen in NS-Konzentrationslagern, Wien 5. Auflage 2016, S. 127.
- 12 Schreiben des Reichskriminalpolizeiamtes vom 21.11.1942, SächsStAL, 20031, PP-V 4990, Blatt 88 und 116.
- 13 Stadtarchiv Leipzig, GesA, Nr. 389.
- 14 Schreiben der Sicherheitspolizei von 29.05.1943, SächsStAL, 20031, PP-V 4990, Blatt 117.



Ausblick auf 2025

Isabel Panek

„Was geht mich der Nationalsozialismus noch an?“

Azubis auf Spurensuche im eigenen Betrieb

Im November 2024 starteten wir mit unserem neuen Projekt: „Was geht mich der Nationalsozialismus noch an?!“. In den kommenden zwei Jahren werden wir gemeinsam mit einer Pilotgruppe von Auszubildenden der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) und der Leipziger Stadtverwaltung Workshops, ein digitales Lern- und Reflektionstool und einen Audio-Walk durch die Leipziger Innenstadt konzipieren. Diese Angebote richten sich dann an Auszubildende zukünftiger Jahrgänge, nehmen NS-Zwangsarbeit im eigenen Betrieb zum Ausgangspunkt und verhandeln auch Fragen von Rassismus und Diskriminierung in der Gegenwart.

In den Workshops werden die Auszubildenden eingeladen, sich ausgehend von ihrem beruflichen Alltag und ihren damit verbundenen Erfahrungen mit NS-Zwangsarbeit im eigenen Betrieb bzw. Verwaltungszweig zu befassen. Dabei werden verschiedene Biografien (Zwangsarbeiter:innen, deutsche Mitarbeiter:innen, Azubis etc.) erarbeitet und unterschiedliche Handlungsoptionen innerhalb eines Betriebs während der NS-Zeit kennengelernt und diskutiert. Begleitet und dokumentiert wird das Projekt durch einen dreiteiligen Podcast.

Das Projekt wird von der Stiftung EVZ und der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) im Rahmen des Programms *JUGEND erinnert vor Ort & engagiert* gefördert.

„Befreit in Leipzig 1945“

Plakatkampagne und virtuelle Ausstellung

2025 jährt sich das Ende des Zweiten Weltkrieges zum 80. Mal. Mit einer Plakatkampagne, einer virtuellen Ausstellung sowie einem breiten Veranstaltungsprogramm, darunter Vorträge, Gedenkfeiern und Stadtteilführungen, werden wir die letzten Kriegstage, das Kriegsende und die unmittelbare Nachkriegszeit in den Blick nehmen. Dabei liegt der Fokus auf den Erfahrungen und Perspektiven von ausländischen Zwangsarbeiter:innen, die im Allgemeinen und auch in Leipzig bisher kaum Eingang in die Erinnerung an das Kriegsende gefunden haben. Die Plakate werden ab Frühjahr 2025 im öffentlichen Raum zu sehen sein: in Straßenbahnen, an Haltestellen, an ausgewählten Schaufenstern in verschiedenen Stadtteilen, in Bibliotheken sowie Kultur- und Veranstaltungsorten.

Für die Erarbeitung der Inhalte und das Veranstaltungsprogramm hat sich 2024 innerhalb der GfZL die AG Kriegsende zusammengefunden, bestehend aus: Tina Bähringer, Lilith Günther, Lea Guhlmann, Mia Göhring, Oliver Neef und Isabel Panek. Gefördert wird das Projekt durch das Referat Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt/ Partnerschaft für Demokratie „Leipzig Ort der Vielfalt“.

Isabel Panek ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der GfZL und leitet u.a. das Projekt „Was geht mich der Nationalsozialismus noch an?! – Azubis auf Spurensuche im eigenen Betrieb.“

Veranstaltungsprogramm 2025 – Vorschau

(detaillierte Informationen finden sich ab Anfang 2025 auf der Homepage der Gedenkstätte)

● MÄRZ

Do., 13.03.2025

„Ein Flugzeug warf Flugblätter ab:

»Seid tapfer. Ihr werdet bald frei sein.«“

Projektklausur mit einer multimedialen Lesung aus Erinnerungsberichten ehemaliger Zwangsarbeiter:innen, u.a. mit Mitgliedern der AG Kriegsende

Sa., 29.03.2025

Rundgang: Befreit in Leipzig 1945: Erfahrungen und Perspektiven von Zwangsarbeiter:innen

● APRIL

Mi., 16.04.2025

Rundgang: Befreit in Leipzig 1945: Erfahrungen und Perspektiven von Zwangsarbeiter:innen

Do., 17.04.2025

Zentrale städtische Gedenkveranstaltung zum Massaker in Abtnaundorf und zum 80. Jahrestag des Kriegsendes in Leipzig

Sa., 26.04.2025

Rundgang: Befreit in Leipzig 1945: Erfahrungen und Perspektiven von Zwangsarbeiter:innen

Mi., 30.04.2025

„Ich lag auf meiner Pritsche, als ich den Schrei: »Wir brennen!« hörte.“

Lesung aus Berichten von Überlebenden des Massakers von Abtnaundorf und Vortrag mit Maximilian Schulz

● MAI

Sa., 10.05.2025

Rundgang: Befreit in Leipzig 1945: Erfahrungen und Perspektiven von Zwangsarbeiter:innen

Do., 15.05.2025

Das Leben nach der Befreiung: Displaced Persons in Leipzig,
Vortrag mit Annkathrin Richter

Sa., 24.05.2025

Rundgang: Befreit in Leipzig 1945: Erfahrungen und Perspektiven von Zwangsarbeiter:innen

Impressum / Öffnungszeiten / Kontakt

Herausgeber: Erinnern an NS-Verbrechen
in Leipzig e.V.

Redaktion: Anne Friebe, Anja Kruse, Isabel Panek,
Toni Pohontsch, Josephine Ulbricht

Gestaltung: Janett Andrejewski

Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig
Permoserstraße 15, 04318 Leipzig
Telefon: 0341 2352075
gedenkstaette@zwangsarbeit-in-leipzig.de
www.zwangsarbeit-in-leipzig.de

Öffnungszeiten:

Dienstag bis Donnerstag: 10–18 Uhr
Freitag bis Samstag: 11–17 Uhr
(an Feiertagen geschlossen)

Der Eintritt ist frei.

Der Betrieb der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig durch den Verein Erinnern an NS-Verbrechen in Leipzig e.V. wird gefördert durch die Stiftung Sächsische Gedenkstätten aus Steuermitteln auf der Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushalts und durch das Kulturamt der Stadt Leipzig.



Stadt Leipzig
Kulturamt



STIFTUNG
SÄCHSISCHE
GEDENKSTÄTTEN

